



Protokoll

39. Sitzung des Landrates des Kantons Basel-Landschaft

Liestal, 27. Juni 2013

09.00–12.20 Uhr

Abwesend:

Pia Fankhauser, Rahel Bänziger, Julia Gosteli

Kanzlei

Alex Achermann

Protokoll:

Thomas Löliger

Markus Kocher

Index

Begrüssung, Mitteilungen	1323
Zur Traktandenliste	1323
Mitteilungen / Verabschiedungen	1336

Traktanden

- 1 Bericht der Landeskantlei vom 18. Juni 2013. Erwähnung der Regierungsrats-Ersatzwahl vom 9. Juni 2013 für den Rest der Amtsperiode bis 30. Juni 2015
erwahrt 1324
- 2 Anlobung von Thomas Weber und Anton Lauber als Mitglieder des Regierungsrats und von Beat Walther als Vizepräsident des Kantonsgerichtes, Abteilung Verfassungs- und Verwaltungsrecht
angelobt 1324
- 3 Wahl der Landratspräsidentin für das Amtsjahr vom 1. Juli 2013 bis 30. Juni 2014
Marianne Hollinger gewählt 1324
- 4 Wahl des Regierungspräsidenten für das Amtsjahr vom 1. Juli 2013 bis 30. Juni 2014
Urs Wüthrich gewählt 1325
- 5 Wahl der Landratsvizepräsidentin für das Amtsjahr vom 1. Juli 2013 bis 30. Juni 2014
Daniela Gaugler gewählt 1326
- 6 Wahl des Regierungsvizepräsidenten für das Amtsjahr vom 1. Juli 2013 bis 30. Juni 2014
Isaac Reber gewählt 1326
- 7 Wahl von 5 Mitgliedern des Büros des Landrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2013 bis 30. Juni 2014
gewählt:
Klauser, Würth, H. Schweizer, F. Meyer, Beeler 1326
- 9 Wahl eines neuen Mitglieds der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission für den Rest der laufenden Amtsperiode anstelle von Christian Steiner
Sabrina Mohn gewählt 1326
- 10 Wahl eines neuen Mitglieds der Umweltschutz- und Energiekommission für den Rest der laufenden Amtsperiode anstelle von Sarah Martin
Rahel Bänziger gewählt 1326
- 11 2011/176
Berichte des Regierungsrates vom 7. Juni 2011 und der Zwischenbericht der Bau- und Planungskommission vom 17. November 2011 und vom 27. Mai 2013: Solaranlagen in Kernzonen im Kanton Basel-Landschaft; 2. Lesung
beschlossen mit 4/5-Mehr [FGR] 1326
- 12 2013/019
Berichte des Regierungsrates vom 15. Januar 2013 und der Bau- und Planungskommission vom 3. Juni 2013: Änderung des Raumplanungs- und Baugesetzes vom 8. Januar 1998 betreffend Ausscheidung des Gewässer-raums; 2. Lesung
beschlossen mit 4/5-Mehr [FGR] 1327
- 13 2013/147
Berichte des Regierungsrates vom 14. Mai 2013 und der Finanzkommission vom 31. Mai 2013: Motion der SVP-Fraktion (2012/281): Vorprüfung der Vorlagen auf finanzielle Auswirkungen - Teilrevision des Finanzhaushaltsgesetzes vom 18. Juni 1987, 2. Lesung

beschlossen mit 4/5-Mehr [FGR] 1328

22 Vorlage 2013/225 betreffend Wiederwahl des Bankrates der Basellandschaftlichen Kantonalbank
gewählt: Anton Lauber 1328

14 2013/080
Berichte des Regierungsrates vom 19. März 2013, der Finanzkommission vom 13. Juni 2013 und der Geschäftsprüfungskommission vom 6. Juni 2013: Jahresbericht 2012 (Beratung: Teil 1 Staatsrechnung, Teil 2 Amtsbericht)
beschlossen 1328

23 2013/232
Vorlagen: Findungskommission Landschreiber/-in mit Änderungen beschlossen 1334

Folgende Traktanden wurden nicht behandelt:

15 2013/041
Berichte des Regierungsrates vom 12. März 2013 und der Geschäftsprüfungskommission vom 6. Juni 2013: Aufträge, die nicht innert der gesetzlichen Frist seit der Überweisung erfüllt worden sind

16 2013/042
Berichte des Regierungsrates vom 12. März 2013 und der Geschäftsprüfungskommission vom 6. Juni 2013: Sammelvorlage von Motionen und Postulaten, die zur Abschreibung beantragt werden

17 2013/020
Berichte des Regierungsrates vom 15. Januar 2013 und der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission vom 29. Mai 2013 sowie Mitbericht der Finanzkommission vom 5. Juni 2013 und Mitbericht der Personalkommission vom 26. April 2013: Revision des Staatsvertrages zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt über das Universitäts-Kinderspital beider Basel (Kinderspitalvertrag) vom 16. Februar 1998

18 2012/379
Berichte des Regierungsrates vom 11. Dezember 2012 und der Justiz- und Sicherheitsdirektion vom 15. Mai 2013: Genehmigung des Beitritts zum Konkordat über private Sicherheitsdienstleistungen sowie Anpassung des Polizeigesetzes. 1. Lesung

19 2013/165
Postulat von Oskar Kämpfer vom 16. Mai 2013: Austritt aus der SKOS

20 2013/089
Interpellation von Andreas Giger vom 21. März 2013: Wo bleibt die kantonale Neobiotenstrategie?. Schriftliche Antwort vom 4. Juni 2013

21 2013/135
Interpellation von Elisabeth Augstburger vom 25. April 2013: Möglicher Bau einer Abfallbehandlungsanlage in Grenzach-Wyhlen (D). Schriftliche Antwort vom 4. Juni 2013

Nr. 1357

Begrüssung, Mitteilungen

Landratspräsident **Jürg Degen** (SP) begrüsst die Anwesenden zur letzten Sitzung des laufenden Amtsjahrs.

Entschuldigungen

Pia Fankhauser, Rahel Bänziger, Julia Gosteli

Mitteilungen

Landratspräsident **Jürg Degen** (SP) liest ein vom 25. Juni 2013 datiertes Schreiben von Landschreiber Alex Achermann vor:

«Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren

Die Ratskonferenz hat am 30. Mai 2013 das Wiederwahlverfahren für die vom Landrat zu wählenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantons Basel-Landschaft eingeleitet. Zu diesem Personenkreis gehört auch der Landschreiber.

Ich habe mich entschlossen, auf eine erneute Kandidatur als Landschreiber zu verzichten. Zu diesem Schritt bin ich nach reiflicher Überlegung und verschiedenen Gesprächen mit der Regierung, dem Landratspräsidenten und der Landratsvizepräsidentin gelangt.

In den letzten zwei Jahren ist es mir mit grossem Einsatz gelungen, den anforderungsreichen Regierungs- und Landratsbetrieb professionell zu unterstützen. Allen, die mir dabei geholfen haben, danke ich herzlich.

Für die Vornahme der auf der Landeskanzlei beabsichtigten Veränderungen und Erneuerungen hat die zur Verfügung stehende Zeit nicht gereicht. Meine Kernkompetenzen sehe ich zudem im politischen und rechtlichen Bereich und weniger im Bereich von Organisation und Informatik, wie das heute nötig wäre, um die Landeskanzlei zu erneuern.

In den verbleibenden Monaten auf der Landeskanzlei werde ich mich dafür einsetzen, den Ratsbetrieb optimal zu unterstützen und meine in 25 Berufsjahren gesammelten Erfahrungen an diejenigen weiterzugeben, die sich auf der Landeskanzlei für die Zukunft des Kantons Basel-Landschaft engagieren werden.

Ich selbst werde mich einer neuen beruflichen Tätigkeit in der Rechtsberatung zuwenden. Ich habe immer gerne für den Kanton Basel-Landschaft gearbeitet und danke Ihnen für das mir entgegengebrachte Vertrauen.

Mit freundlichen Grüssen

Alex Achermann»

Landratspräsident **Jürg Degen** (SP) weist darauf hin, dass sämtliche Stunden- und Spesenabrechnungen bis

spätestens am 28. Juni 2013 auf der Landeskanzlei eingetroffen sein müssen.

Landratspräsident **Jürg Degen** (SP) gratuliert Monica Gschwind zu ihrem runden Geburtstag, den sie vor wenigen Tagen feiern durfte. *[Applaus]*

Landratspräsident **Jürg Degen** (SP) informiert, dass sich das Ratsbüro nach der Landratssitzung zu seiner Sitzung treffen wird. Da Marianne Hollinger als neue Präsidentin damit beschäftigt sein wird, Interviews zu geben, delegiert die FDP Monica Gschwind an ihrer Stelle ins Ratsbüro.

Wahlbüro

://: Für die anstehende Wahl werden folgende Mitglieder ins Wahlbüro gewählt:

- Rolf Gerber, Landeskanzlei
- Roman Klauser (SVP)
- Mirjam Würth (SP)

Stimmzähler

://: Folgende Stimmzähler werden bestimmt:

- Seite SP: Roman Klauser
- Seite FDP: Agathe Schuler
- Mitte/Büro: Marie-Therese Beeler

Zum letzten Mal in seinem Amt als Landratspräsident liest Landratspräsident **Jürg Degen** (SP) ein Gedicht in baselbieter Mundart vor. Diesmal ist es das Gedicht «Äis» der Sissacherin Helene Bossert:

Äis

*I bi der Acher und du der Baum
I vermag Di z träge wien e Mueter s Chind.
Und dr Saft wo dur Di dure dropft
isch mys Härz,
mys bobblig Härz wo chlopft.
Du gisch mer Schärme,
ii gib Dr Chraft.
S git nüt ohni s ander...
Und d Frücht wo ryffe,
falle zrugg i my Schoos.
Dasch öuses Los.
I bi der Acher und Du der Baum.*

Für das Protokoll:

Thomas Löliger, Landeskanzlei

*

Nr. 1358

Zur Traktandenliste

Da Rahel Bänziger erst nach der nächsten Sitzung des Landrates aus der GPK zurücktritt, soll das Traktandum 8 abgesetzt werden. Als neues Traktandum 8 schlägt Land-

ratspräsident **Jürg Degen** (SP) die Vorlage 2013/225 (betreffend Wiederwahl des Bankrates der Basellandschaftlichen Kantonalbank) vor.

://: Die Änderung der Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

Landratspräsident **Jürg Degen** (SP) weist darauf hin, dass bei Traktandum 17 heute eine 1. und eine 2. Lesung des Spitalgesetzes durchgeführt werde. Dies geht aus der Traktandenliste nicht klar hervor.

Ferner informiert er im Zusammenhang mit dem Verzicht Alex Achermanns auf eine Wiederwahl: Das Büro stellt den Antrag, eine Findungskommission einzusetzen. Der schriftliche Antrag wird im Laufe dieses Morgens verteilt. Er schlägt vor, das Traktandum am Ende der Traktandenliste, vor den Verabschiedungen des heutigen Tages, zu behandeln.

Rolf Richterich (FDP) findet die Aufnahme des Traktandums sinnvoll. Er vermutet aber einen Diskussionsbedarf und schlägt daher vor, das Traktandum schon früher zu behandeln, damit genügend Zeit für diese wichtige Diskussion bleibt.

Landratspräsident **Jürg Degen** (SP) nimmt die Anregung gerne auf und wird entscheiden, wann das Traktandum behandelt werden wird.

Für das Protokoll:
Thomas Löliger, Landeskanzlei

*

Nr. 1359

1 Bericht der Landeskanzlei vom 18. Juni 2013. Erhaltung der Regierungsrats-Ersatzwahl vom 9. Juni 2013 für den Rest der Amtsperiode bis 30. Juni 2015

://: Einstimmig, mit 85:0 Stimmen, erwahrt der Landrat die Regierungsrats-Ersatzwahl vom 9. Juni 2013 für den Rest der Amtsperiode bis 30. Juni 2015. [Namenliste einsehbar im Internet; 09:12]

Für das Protokoll:
Thomas Löliger, Landeskanzlei

*

Nr. 1360

2 Anobung von Thomas Weber und Anton Lauber als Mitglieder des Regierungsrats und von Beat Walther als Vizepräsident des Kantonsgerichtes, Abteilung Verfassungs- und Verwaltungsrecht

Landratspräsident **Jürg Degen** (SP) bittet Thomas Weber und Anton Lauber als Mitglieder des Regierungsrats sowie Beat Walther als Vizepräsident des Kantonsgerichtes, Abteilung Verfassungs- und Verwaltungsrecht, in die Ratsmitte vorzutreten.

Er erklärt, dass alle Behördenmitglieder gemäss § 59 der Kantonsverfassung bei Antritt ihres Amtes zu geloben

haben, die Verfassung und die Gesetze zu beachten und die Pflichten ihres Amtes gewissenhaft zu erfüllen.

Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP), Regierungsrat **Anton Lauber** (CVP) und der Vizepräsident des Kantonsgerichtes, **Beat Walther**, sprechen nacheinander Landratspräsident **Jürg Degen** (SP) die Worte nach: «Ich gelobe es.»

Für das Protokoll:
Thomas Löliger, Landeskanzlei

*

Nr. 1361

3 Wahl der Landratspräsidentin für das Amtsjahr vom 1. Juli 2013 bis 30. Juni 2014

Fraktionspräsident **Rolf Richterich** (FDP) freut sich, Marianne Hollinger als Präsidentin des Landrates vorschlagen zu dürfen. Er dankt Landratspräsident Jürg Degen für das vergangene Jahr und hofft, dass Marianne Hollinger den von ihm eingeschlagenen Weg weitergehen kann, natürlich in einer anderen Art, da sie eine andere Persönlichkeit sei. Marianne Hollinger kennt den Ratsbetrieb «aus dem Effeff» und hat schon einige Landratsjahre auf dem Buckel. Er hofft, dass der Rat Marianne Hollinger die Möglichkeit gibt, ihre Ideen umzusetzen, und schlägt sie als Landratspräsidentin vor.

[Die Stimmzetteln werden verteilt und anschliessend vom Wahlbüro ausgezählt.]

Landratspräsident **Jürg Degen** (SP) gibt das Wahlergebnis bekannt:

Zahl der Stimmberechtigten:	90
Zahl der eingelegten Stimmen:	85
Zahl der leeren Wahlzetteln:	3
Zahl der ungültigen Wahlzetteln:	0
Zahl der gültigen Stimmen:	82
Absolutes Mehr:	42

://: Gewählt ist mit 73 Stimmen **Marianne Hollinger** (FDP)

Landratspräsident **Jürg Degen** (SP) erteilt Bruno Theiler, Vizepräsident der Gemeinde Aesch, das Wort.

Bruno Theiler gratuliert im Namen des Gemeinderates und der Gemeinde Aesch Marianne Hollinger herzlich zum glanzvollen Wahlergebnis. Die Gemeinde ist stolz, nach 33 Jahren wieder eine höchste Baselbieterin zu stellen. Der Alltag im Amtsjahr als Landratspräsidentin wird sicher noch anstrengender sein als bisher, aber er ist überzeugt, dass sie das mit Bravour meistern werde. Er wünscht ihr alles Gute, gute Gesundheit und viel Freude im neuen Amt. Im Namen des Gemeinderates und des Organisationskomitees des Landratspräsidentin-Festes ist es ihm eine Ehre, alle Anwesenden heute Abend nach Aesch einzuladen. Als kleiner Vorgeschmack auf das gemeinsame Fest spielt anschliessend das Ensemble «Con Fuego» der Musikschule Aesch-Pfeffingen unter der Leitung von Simone Schmidlin zu Ehren Marianne Hollingers.

[Musikalischer Beitrag des Ensembles «Con Fuego», Musikschule Aesch-Pfeffingen.]

Marianne Hollinger (FDP) dankt den Musikerinnen und Musikern sehr herzlich. Wenn es dem Landrat gelingt, ein wenig dieses Schwunges mitzunehmen, wird es vorwärts gehen an den Sitzungen!

Sie wendet sich mit den folgenden Worten an die Anwesenden:

«Liebe Kolleginnen und Kollegen Landrätinnen und Landräte, liebe Regierungsrätin und liebe Regierungsräte, liebe Gäste und Freunde auf der Tribüne

Ich danke ganz herzlich für die Wahl zur Landratspräsidentin und für das Vertrauen, das mir so für dieses Jahr ausgesprochen wurde. Ich werde alles daran setzen, dieses Vertrauen auch zu rechtfertigen.

Ich bin die 187. Landratspräsidentin – somit bleibt man auch in diesem hohen Amt eine von vielen. Eine allerdings mit der grossen Ehre, den Kanton Basel-Landschaft während eines Jahres repräsentieren zu dürfen, und ich freue mich sehr auf diese noble Aufgabe.

Ich danke dem Vizepräsidenten des Gemeinderats Aesch, Bruno Theiler, herzlich für seine Worte. Die Grüsse und Glückwünsche aus der Gemeinde Aesch haben mich sehr gefreut.

Das Motto, das ich für diesen Tag und für dieses Jahr ausgewählt habe, heisst «Zämmehebe» – weil niemand es schafft, im Alleingang die grossen Herausforderungen zu meistern.

Ich erlaube mir, mich in diesem Zusammenhang an die Gemeinden zu wenden und sie dazu aufzurufen, sich in wichtigen Fragen zu einigen – auf dass es keinen Graben zwischen dem Ober- und dem Unterbaselbiet, zwischen finanzstarken und finanzschwachen Gemeinden gebe, denn geeinte Gemeinden sind DIE starken Partner, die der Kanton für einen selbstbewussten und erfolgreichen Auftritt braucht.

So gesehen erübrigt sich auch die Frage, ob die Gemeindevorteilerin eher den Gemeinde- oder eher den Kantonshut trägt. Es gibt nur EINEN Hut: Den Baselbieter Hut. [Die Landratspräsidentin setzt sich den Baselbieter Hut – in weiss, mit roter Beschriftung – auf, was von den Anwesenden mit Applaus quittiert wird.]

Für unser Baselbiet müssen wir alles daran setzen, dass die Politik mit den schnellen Veränderungen in unserer Gesellschaft Schritt halten kann. Fangen wir heute schon an, unsere Prozesse zu vereinfachen und damit zu beschleunigen. Wir haben nicht viel Zeit, und es gibt bekanntlich keine Möglichkeit zu einem Rückkommen auf verlorene Zeit. Darum nutzen wir jede Minute – kosten wir alle doch mit Freude die Zeit aus, die uns für die politische Tätigkeit zur Verfügung steht, und lassen wir immer einen Funken Begeisterung aus unserer politischen Arbeit auf die Bevölkerung überspringen! Dafür werde ich mich in diesem Amtsjahr einsetzen.

Zweien unserer Kollegen war leider keine Zeit mehr ge-

gönnt, um ihre politische Arbeit, die sie mit Leidenschaft gemacht haben, weiterzuführen: Peter Holinger und Peter Zwick, die im zu Ende gehenden Amtsjahr verstorben sind. Ich bin sicher, dass wir alle sie in lieber und ehrender Erinnerung behalten werden.

Zum Schluss geht noch mein besonderer Dank an den amtierenden Landratspräsidenten, Jürg Degen, für die ausgezeichnete Zusammenarbeit und die gute Einführung in mein Amt.

Ich schenke Dir, lieber Jürg, diesen kleinen Schutzengel aus Aesch, der Dich in der vielen freien Zeit, die Dir nun wieder zur Verfügung steht, begleiten wird.

Es bleibt mir, mich bei Ihnen allen, auch bei meinen Freunden, Parteifreunden und bei meiner Fraktion, herzlich zu bedanken. Ich freue mich, heute Abend mit Ihnen in Aesch bigott anzustossen!»

Für das Protokoll:

Thomas Löliger, Landeskanzlei

*

Nr. 1362

4 Wahl des Regierungspräsidenten für das Amtsjahr vom 1. Juli 2013 bis 30. Juni 2014

Für **Kathrin Schweizer** (SP) ist es eine grosse Freude, im Namen der SP, Regierungsrat Urs Wüthrich als Regierungspräsidenten vorzuschlagen. Er ist zusammen mit Regierungspräsidentin Sabine Pegoraro der erfahrenste Regierungsrat und er wird das Amt mit Bravour erfüllen, auch wenn er nicht vorgängig Vizepräsident war, zumal er ja schon zweimal Regierungspräsident war. Regierungsrat Urs Wüthrich hat bei der Schulharmonisierung gezeigt, dass er grosse Reformen mit Sorgfalt umsetzt. Regierungsrat Urs Wüthrich hat in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft den Kanton Baselland im Bereich der Lehrstellenförderung in eine Spitzenposition gebracht.

Es würde die SP freuen, wenn der Landrat der Empfehlung folgen würde.

Landratspräsident **Jürg Degen** (SP) gibt das Wahlergebnis bekannt:

Zahl der Stimmberechtigten:	90
Zahl der eingelegten Stimmen:	85
Zahl der leeren Wahlzettel:	6
Zahl der ungültigen Wahlzettel:	0
Zahl der gültigen Stimmen:	79
Absolutes Mehr:	40

://: Gewählt ist mit 64 Stimmen Regierungsrat **Urs Wüthrich** (SP).

Für das Protokoll:

Thomas Löliger, Landeskanzlei

*

Nr. 1363

5 Wahl der Landratsvizepräsidentin für das Amtsjahr vom 1. Juli 2013 bis 30. Juni 2014

Dominik Straumann (SVP) freut sich, Daniela Gaugler für das Vizepräsidium vorzuschlagen.

Zahl der Stimmberechtigten:	90
Zahl der eingelegten Stimmen:	87
Zahl der leeren Wahlzettel:	10
Zahl der ungültigen Wahlzettel:	1
Zahl der gültigen Stimmen:	76
Absolutes Mehr:	39

://: Gewählt ist mit 60 Stimmen **Daniela Gaugler** (SVP).

Für das Protokoll:
Markus Kocher, Landeskanzlei

*

Nr. 1364

6 Wahl des Regierungsvizepräsidenten für das Amtsjahr vom 1. Juli 2013 bis 30. Juni 2014

Klaus Kirchmayr (Grüne) schlägt Isaac Reber als Vizepräsident des Regierungsrats vor. Er ist zwei Jahre im Regierungsrat tätig, ist gut im Amt angekommen. Nun ist es Zeit, die nächste Stufe zu zünden.

Zahl der Stimmberechtigten:	90
Zahl der eingelegten Stimmen:	87
Zahl der leeren Wahlzettel:	5
Zahl der ungültigen Wahlzettel:	1
Zahl der gültigen Stimmen:	81
Absolutes Mehr:	41

://: Gewählt ist mit 68 Stimmen Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne).

Für das Protokoll:
Markus Kocher, Landeskanzlei

*

Nr. 1365

7 Wahl von 5 Mitgliedern des Büros des Landrates für das Amtsjahr vom 1. Juli 2013 bis 30. Juni 2014

://: In stiller Wahl werden gewählt: **Roman Klauser** (SVP), **Hannes Schweizer** (SP), **Franz Meyer** (CVP), **Miriam Würth** (SP) und **Marie-Theres Beeler** (Grüne).

Für das Protokoll:
Thomas Löliger, Landeskanzlei

*

Nr. 1366

9 Wahl eines neuen Mitglieds der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission für den Rest der laufenden Amtsperiode anstelle von Christian Steiner

://: **Sabrina Mohn** (CVP) wird in stiller Wahl als gewählt erklärt.

Für das Protokoll:
Thomas Löliger, Landeskanzlei

*

Nr. 1367

10 Wahl eines neuen Mitglieds der Umweltschutz- und Energiekommission für den Rest der laufenden Amtsperiode anstelle von Sarah Martin

://: **Rahel Bänziger** (Grüne) wird in stiller Wahl als gewählt erklärt.

Für das Protokoll:
Thomas Löliger, Landeskanzlei

*

Nr. 1368

11 2011/176 Berichte des Regierungsrates vom 7. Juni 2011 und der Zwischenbericht der Bau- und Planungskommission vom 17. November 2011 und vom 27. Mai 2013: Solaranlagen in Kernzonen im Kanton Basel-Landschaft; 2. Lesung**2. Lesung**

Titel und Ingress	keine Wortbegehren
I. § 104b	keine Wortbegehren
II.	keine Wortbegehren

Schlussabstimmung

://: Der Landrat beschliesst die Änderung des kantonalen Raumplanungs- und Baugesetzes einstimmig mit 82:0 Stimmen. [Namenliste einsehbar im Internet; 09:28]

Gesetzestext vgl. Beilage 1

Für das Protokoll:
Thomas Löliger, Landeskanzlei

*

Nr. 1369

12 2013/019

Berichte des Regierungsrates vom 15. Januar 2013 und der Bau- und Planungskommission vom 3. Juni 2013: Änderung des Raumplanungs- und Baugesetzes vom 8. Januar 1998 betreffend Ausscheidung des Gewässerraums; 2. Lesung

Hansruedi Wirz (SVP) erwähnt, dass schon letztes Mal ein Antrag im Zusammenhang mit den noch in Bern hängigen Standesinitiativen und mit einer Motion angekündigt wurde. Er beantragt Folgendes: Werden in Bern Änderungen beschlossen, die weniger weit gehen als in der zur Diskussion stehenden Vorlage, sollten diese vom Kanton übernommen werden.

Landratspräsident **Jürg Degen** (SP) liest den Antrag vor: *Ziffer III: Sollten die Gewässerraumbestimmungen auf Bundesebene ausserhalb Baugebiet gegenüber heute gelockert werden, so ist der Regierungsrat verpflichtet, diese Lockerung im Rahmen des Erlasses der kantonalen Nutzungspläne zur Ausscheidung des Gewässerraumes vollumfänglich zu berücksichtigen beziehungsweise bereits erlassene Nutzungspläne umgehend an die gelockerten Vorschriften anzupassen.*

Martin Rüegg (SP) ist überrascht über den Antrag. Er wurde zwar angekündigt, bis heute hat er aber nichts Konkretes gehört oder gelesen. Als Kommissionsmitglied hört er zum ersten Mal von diesem Antrag. Wenn es zur erwähnten Änderung auf Bundesebene kommen würde, fände er es richtig, wenn das Parlament oder ein einzelnes Mitglied des Parlaments mit einem politischen Vorstoss darauf reagieren würde.

Für das Anliegen hat er Verständnis, der Weg müsste aber ein anderer sein. Daher beantragt er, den Antrag abzulehnen.

Hansruedi Wirz (SVP) antwortet darauf, es könne nicht sein, dass an den Kantonsgrenzen verschiedene Abstände oder Bewirtschaftungsformen gälten, je nachdem, auf welcher Seite der Grenze man stehe.

Es ist nicht sicher, ob überhaupt etwas geändert wird. Es geht ihm nur darum, dass eine Änderung, so sie denn in Bern beschlossen würde, vom Kanton übernommen werden könnte, um eine Einheitlichkeit zu erreichen. Falls auf die Standesinitiative nicht eingetreten wird, dann ist der Antrag hinfällig. Ansonsten ist die Fraktion der Ansicht, dass der Landrat das heute gleich regeln könnte, ohne später auf das Gesetz zurückkommen zu müssen.

Felix Keller (CVP) sagt, dass die CVP/EVP-Fraktion über den Antrag diskutieren konnte, da sie informiert worden war. Es herrscht eine gewisse Sympathie gegenüber dem Antrag. Dennoch: Es ist unbekannt, ob, wie und wann eine Lockerung zustande kommt. Deshalb findet seine Fraktion es schwierig, dem Antrag zuzustimmen. Sie ist der Meinung: Sollte eine Lockerung durchkommen, dann könnte das Ganze dann neu beurteilt werden. Mit einer Motion könnte gezielt eine entsprechende Anpassung beantragt werden. Deshalb unterstützt die Fraktion den Antrag nicht.

Auch die FDP habe vom Antrag gewusst, sagt **Christof Hiltmann** (FDP). Inhaltlich hat sie auch eine gewisse Sympathie. Er ist nicht Jurist. Er erachtet es aber als merkwürdig, wenn in einem Gesetzestext «gegenüber heute» steht. Was heisst das in 10 Jahren? Ihm erscheint das nicht ganz unproblematisch. Deshalb plädiert auch er dafür, abzuwarten und nötigenfalls im Parlament entsprechend zu reagieren.

Martin Rüegg (SP) sagt, dass er wie gesagt nicht informiert wurde.

Er findet es schlecht, «die Katze im Sack» zu kaufen. Eine Verpflichtung auf Vorrat findet er schlecht. Kommen allfällige Änderungen, müssten diese zuerst diskutiert werden. Daher bittet er nochmals, den Antrag zurück zu ziehen.

Urs Leugger (Grüne) schliesst sich – was das Vorgehen betrifft – Martin Rüegg an. Der Antrag kommt auch für die Grünen nicht zum richtigen Zeitpunkt und wäre auch ein falsches Signal in Richtung Bern.

Aber auch inhaltlich ist die grüne Fraktion gegen den Antrag. Es geht hier um einen minimalen Gewässerraum, der ausgeschieden werden soll, basierend auf fachlichen Grundlagen. Damit können die Gewässer die Funktion als Lebensraum übernehmen. Daher lehnt die Grüne Fraktion den Antrag ab.

Hans Furer (glp) informiert, dass auch seine Fraktion den Antrag vorgängig bekommen und diskutiert habe.

Es gibt einige gesetzliche Grundsätze. Einer davon lautet: Bundesrecht bricht kantonales Recht. Das heisst, wenn der Bund etwas festlegt, dann kann der Kanton in der selben Sache nicht legiferieren und anderes bestimmen. Wenn es auf Bundesebene eine Lockerung bestimmter Vorschriften geben würde, dann müsste der Kanton automatisch den entsprechenden Gesetzesartikel ändern.

Er hat versucht zu überlegen, welche Dimension dieser Antrag haben könnte. Er sieht viel Auslegungsprobleme. Daher empfiehlt er, den Antrag abzulehnen und, wie von Vorrednern erwähnt, falls nötig mit einer Motion aktiv zu werden.

Die geäusserten Sympathien sind protokolliert, darauf kann später ja hingewiesen werden.

Siro Imber (FDP) sagt, auch er wisse nicht, auf was man sich hier einlassen würde, wenn der Antrag beschlossen würde. Es sei unklar, ob der Antrag als Gesetz gälte oder eher eine Verfassenssache wäre.

Er tendiere daher – bei aller Sympathie in der Sache – gegen den Antrag, weil die juristischen Auswirkungen unklar wären.

://: Der Landrat lehnt den Antrag der SVP mit 59:26 Stimmen ab. [Namenliste einsehbar im Internet; 09:41]

– 2. Lesung

Titel und Ingress
I. § 12a, § 13 Abs. 2
II.

keine Wortbegehren
keine Wortbegehren
keine Wortbegehren

– *Schlussabstimmung*

://: Der Landrat beschliesst die Änderung des Raumplanungs- und Baugesetzes vom 8. Januar 1998 betreffend Ausscheidung des Gewässerraums mit 84:0 bei 1 Enthaltung. [Namenliste einsehbar im Internet; 09:42]

Gesetzestext vgl. Beilage 2

Für das Protokoll:
Thomas Löliger, Landeskanzlei

*

Nr. 1370

22 Vorlage 2013/225 betreffend Wiederwahl des Bankrates der Basellandschaftlichen Kantonalbank

Der Regierungsrat beantragt, Regierungsrat Anton Lauber als Nachfolger von Regierungsrat Adrian Ballmer in den Bankrat zu wählen.

://: Regierungsrat Anton Lauber wird in stiller Wahl gewählt.

Für das Protokoll:
Thomas Löliger, Landeskanzlei

*

Nr. 1371

13 2013/147**Berichte des Regierungsrates vom 14. Mai 2013 und der Finanzkommission vom 31. Mai 2013: Motion der SVP-Fraktion (2012/281): Vorprüfung der Vorlagen auf finanzielle Auswirkungen - Teilrevision des Finanzhaushaltsgesetzes vom 18. Juni 1987, 2. Lesung**

Landratspräsident **Jürg Degen** (SP) konstatiert keine Wortbegehren zur zweiten Lesung. Damit kommt es zur Abstimmung über die Gesetzesänderung.

://: Der Landrat stimmt dem Gesetz mit 58:7 Stimmen bei 4 Enthaltungen zu. Das 4/5-Mehr wurde knapp erreicht.
[Namenliste einsehbar im Internet; 10.11]

Gesetzestext vgl. Beilage 3

Für das Protokoll:
Markus Kocher, Landeskanzlei

*

Nr. 1372

14 2013/080**Berichte des Regierungsrates vom 19. März 2013, der Finanzkommission vom 13. Juni 2013 und der Geschäftsprüfungskommission vom 6. Juni 2013: Jahresbericht 2012 (Beratung: Teil 1 Staatsrechnung, Teil 2 Amtsbericht)**

Landratspräsident **Jürg Degen** (SP) erteilt erst Marc Joeset, Präsident der Finanzkommission (FIK), das Wort zum Teil Staatsrechnung des Jahresberichts 2012. Im Anschluss an die Diskussion soll der GPK-Präsident über den Teil Amtsbericht referieren.

– Staatsrechnung

Die erste Beratung einer Jahresplanungsvorlage datiert auf das Jahr 2012, sagt Kommissionspräsident **Marc Joeset** (SP). Diese setzte sich aus Jahresprogramm und Voranschlag zusammen. Entsprechend teilt sich der Jahresbericht nun auf in Amtsbericht und Staatsrechnung. Letztere ist Sache der Finanzkommission. Die Reihenfolge der Behandlung im Landrat ist keine Frage der Hierarchie. Die beiden Berichte sind gleichwertig und voneinander unabhängig.

Zur Staatsrechnung 2012: Die Erfolgsrechnung 2012 des Kantons Basel-Landschaft schliesst mit einem Verlust von 32.3 Mio. Franken ab. Der Aufwand liegt um 3% über dem Budget. Der Ertrag fällt um 2% besser aus als budgetiert. Die Steuereinnahmen betragen 55.1 Mio. Fr. mehr als budgetiert. Die Nettoinvestitionen liegen mit 114.9 Mio. Fr. um 89 Mio. Fr. unter dem Budget 2012. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt 109%.

Die Staatsrechnung erfüllt die Bestimmungen der Defizitbremse: Das Eigenkapital betrug per 31. Dezember 2012 336 Millionen Franken.

Eintreten auf die Rechnung war in der FIK unbestritten. Eine Zusammenfassung der Fraktionsvoten kann dem Bericht entnommen werden.

Die Finanzkontrolle empfiehlt in ihrem Prüfungsbericht die Genehmigung der Staatsrechnung ohne Vorbehalte. Sie weist auf drei Sachverhalte hin, darunter, wie schon in den letzten Jahren, auf die Sanierung der Pensionskasse, und auf die Rückstellungen für Umweltschäden.

Die FIK nahm den Bericht der Finanzkontrolle zustimmend zur Kenntnis und beantragt dem Landrat die Kenntnisnahme des Bestätigungsberichts gemäss Beilage b.

Zu den Prüfungsberichten der Subkommissionen: Die vier Subkommissionen der Finanzkommission holten bei den zuständigen Verwaltungseinheiten Zusatzauskünfte ein. Die gestellten Fragen sind von der Verwaltung kompetent, umfassend und rasch beantwortet worden. Dazu einzelne Bemerkungen: Beim Rechnungsabschluss der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission kann festgestellt werden, dass die Jahresrechnung 2012 ein deutlich positiveres Bild zeigt als es in den letzten Jahren der Fall war, als teilweise erhebliche Vorbehalte angebracht werden mussten.

Bei den Investitionen war für 2012 ein Bruttoaufwandsvolumen von 330 Millionen Franken budgetiert. Effektiv konnten Projekte im Umfang von 270 Millionen Franken realisiert werden. Gründe waren v.a. verschiedene Verzögerungen im Bauablauf. Die Investitionsrechnung ist aber wieder auf dem Stand der letzten Jahre. Eine

Ausnahme war das Jahr 2011 (Übernahme der Sekundarschulbauten).

Beim Personalaufwand ergaben sich diverse Minder Ausgaben, zurückzuführen u.a. auf einen tieferen Personalaufwand in Folge der Neuorganisation des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts, des Projekts FOCUS und durch die Freigabe des Notariats. Bei der Polizei konnten 27 Sollstellen nicht besetzt werden, da ein Mangel an ausgebildeten Polizisten herrschte. Aus diesem Grund werden 12 vakante Stellen in den kommenden Jahren in polizeiliche Sicherheitsassistenten-Stellen umgewandelt werden.

Gegenüber dem Budget schliesst die Rechnung 2012 der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion praktisch mit einer Punktladung ab. Es gelang, den Aufwandüberschuss zu stabilisieren resp. gegenüber dem Vorjahr leicht zu senken. Abweichungen vom Budget gibt es im Bereich Sonderschulung, wo die Anzahl Schülerinnen und Schüler zunahm, und beim Transferaufwand bzw. -ertrag aufgrund des Schulabkommens. Dort sind Mehrkosten und Mindereinnahmen zu verzeichnen.

Die FIK beantragt dem Landrat einstimmig mit 12:0 Stimmen dem Landratsbeschluss betreffend Jahresbericht 2012 in unveränderter Form zuzustimmen. Somit auch den drei beantragten Umwidmungen.

Hans-Jürgen Ringgenberg (SVP) bilanziert, dass der Kanton das Geschäftsjahr 2012 mit einem Verlust von 32.3 Millionen Franken abschliesse. Dieses Resultat macht den Anschein einer Punktladung, da die Abweichung zum Budget lediglich 3.5 Millionen Franken beträgt. Erfreulich ist der Blick auf einige Detailzahlen. Es musste auf einmal kein zusätzliches Eigenkapital zur Erfüllung der Vorgaben der Defizitbremse entnommen werden. Das operative Ergebnis ist mit rund 114 Mio. besser als budgetiert ausgefallen. Die gute Entwicklung bei den Erträgen und beim Sach- und übrigen Betriebsaufwand (z.T. wegen Verzögerungen) haben u.a. dazu geführt. Erfreulich sind v.a. die um 55.1 Mio. Franken höheren Steuereinnahmen. Man musste allerdings auch etwas an den Reserven knabbern und das Verwaltungsvermögen mit 33 Mio. Franken aufwerten. Alles in allem war es möglich, die Rückstellung für die Reform der Pensionskasse um 111 Mio. Franken aufzustocken, wofür das bessere Ergebnis der Staatsrechnung primär verwendet wurde. Mit der Erfolgsrechnung kann man dadurch grundsätzlich zufrieden sein. Offensichtlich beginnen die Entlastungsmassnahmen zu greifen. Er betont, dass die SVP diese auch weiterhin unterstützen wird. Dies soll aber durch Senkung von Ausgaben und nicht durch Steuererhöhungen erfolgen.

Die Investitionen liegen deutlich unter den budgetierten Vorgaben. Lediglich etwa die Hälfte des geplanten Bauvolumens wurde realisiert. Es wurde nicht etwa gespart, sondern es kam zu Verschiebungen aufgrund von Bauverzögerungen. Der Finanzierungssaldo ist mit 240 Mio. Franken stark negativ. Der Selbstfinanzierungsgrad mit minus 109% völlig ungenügend. Das bereitet der SVP grosse Sorgen und ruft nach einer strafferen Priorisierung der Investitionen sowie der Einführung einer Schuldenbremse.

Nach wie vor hat man nicht begriffen, dass man sich nicht alle Vorhaben leisten kann und sich nur auf das unbedingt Notwendigen zu beschränken hat. Längst nicht alle Investitionen sind wertschöpfend, wodurch sie weitere Verschuldung verantworten. Das für die Defizitbremse

notwendige Eigenkapital ist mit 336 Mio. Franken noch ausreichend. Eine neue Herausforderung in der Zukunft wird es sein, das Eigenkapital entweder ins freie Eigenkapital innerhalb der Defizitbremse oder ins zweckgebundene ausserhalb der Defizitbremse zu verschieben. Dafür braucht es eine klare Regelung oder Handhabung.

Zum Schluss sei klar gesagt, dass sich die SVP auch in Zukunft für Erhaltung und Wachstum des Steuersubstrats in einer dynamischen Betrachtung einsetzen wird. Der abtretende Regierungsrat wurde bei diesen Bemühungen in der Vergangenheit immer klar unterstützt. Zu den guten Steuerzahlenden gilt es Sorge zu tragen, um im Steuerwettbewerb mit den umliegenden Kantonen zu bestehen. Die SVP unterstützt somit auch die Wirtschaftsoffensive mit dem Ziel, dass der Steueranteil der juristischen Personen erhöht werden kann.

Im Namen der SVP sei allen Mitarbeitenden des Kantons für die gute Arbeit und ihren Einsatz gedankt. Ein besonderer Dank geht bei dieser Gelegenheit an die Adresse des abtretenden Finanzdirektors Adrian Ballmer. Er hatte es «weiss Gott» in seiner Regierungszeit nicht immer einfach, war aber stets bemüht, die Staatsfinanzen im Griff zu haben. Die finanziellen Verfehlungen können ihm längst nicht alle angelastet werden. Nach Ringgenbergs Einschätzung hat das Parlament einen wesentlichen Anteil daran zu verantworten. Zu dieser Mehrheit gehörte die SVP meistens nicht.

Die Fraktion stimmt dem Landratsbeschluss über den Jahresbericht 2012 (Teil Staatsrechnung) in unveränderter Form zu.

Für **Ruedi Brassel** (SP) kommt die Rechnung deutlich erfreulicher als erwartet daher, auch wenn die Abweichung vom Defizit nur gering ist – als wäre es eine Punktladung. Dies ist es jedoch nur in der Summe aller Abweichungen. Auf einzelne möchte er hinweisen. Erfreulich ist im Ganzen die Stabilität auf der Aufwandseite. Es wurde sogar beim Sach- und Betriebsaufwand 24.5 Mio. Franken besser als budgetiert abgeschnitten. Beim Personal ist man 1% unter dem Budget geblieben. Hier wird innerhalb der Verwaltung eine hohe Ausgabendisziplin erkennbar. Dafür ein grosses Dankeschön. Es ist dies der erste Schritt zur Sanierung der Finanzen. Dass das durch die ausgezeichnete entwickelnde Finanzertragslage noch verbessert wird (mit 55 Mio. zusätzlichen Steuereinnahmen), ist höchst erfreulich. Dass dazu noch ein einmaliger Finanzertrag von zusätzlichen 40 Mio. kommt, machte es möglich, Rückstellungen von 111 Mio. Franken zugunsten der BLPK zu tätigen.

Somit kann auch nicht von einer Punktladung gesprochen werden. Es konnten aufgrund der positiven Entwicklung vielmehr massive Abweichungen vorgenommen werden.

Was heisst das für das Entlastungspaket? Vieles hat gegriffen; andere Faktoren kamen ins Spiel, welche die Finanzlage verbessert haben. Die Umsetzung des Entlastungspakets kann durchaus massvoll und umsichtig erfolgen, es muss nicht alles wie vorgesehen umgesetzt werden – eingedenk des Votums gegen das Entlastungsrahmengesetz. Das Risiko, das dabei eingegangen wird, wäre nicht sehr gross, da die Entwicklung offensichtlich positiv ist.

Zum negativen Finanzierungssaldo: Investitionen müssen sein, und solange sie nachhaltig sind und im Zusammenhang mit der Wirtschaftsoffensive Wertschöpfung

generierende Infrastrukturen ermöglichen, ist ein negativer Finanzierungssaldo zu verantworten. Eine Dramatisierung der Finanzlage ist fehl am Platz. Es ist eine Erleichterung spürbar, was dennoch ein ausgabendiszipliniertes Handeln erfordert. Dies war in den letzten Jahren die Domäne und das Verdienst von Adrian Ballmer, der nun die letzte Rechnung vorlegt. Im Namen der SP-Fraktion sei dem Finanzdirektor für seinen Einsatz herzlich gedankt. Seine Haltung hat Ballmer stets mit folgendem Spruch begründet: «Das Leiden kommt vom Wünschen her». Dieses Motto liesse sich wie folgt erweitern: «Das Leiden kommt Wünschen her, das Wünschen kommt vom Leiden her, und ewig ist die Wiederkehr». Adrian Ballmer darf nun aus diesem Kreislauf aussteigen. Dabei begleiten ihn die besten Wünsche der SP, wobei zu hoffen ist, dass diese Wünsche nicht wieder ins Leiden führen, sondern Genuss bringen.

Die SP-Fraktion stimmt der Rechnung zu.

Monica Gschwind (FDP) sagt, dass die Baselbieter Staatsrechnung seit 2009 ein Minus aufweise. Das ist unbefriedigend und lässt das Eigenkapital kontinuierlich schmelzen. Die Staatsrechnung 2012 schliesst zwar auf den ersten Blick schlechter als budgetiert ab, aber dieser erste Blick trägt. Tatsächlich zeigt ein zweiter Blick, dass der betriebliche Aufwand um 46 Mio. Franken gesenkt und der betriebliche Ertrag um 25 Mio. Franken gesteigert werden konnte. Die Konjunkturausgleichsreserve musste nicht angetastet werden. Der dritte Blick zeigt schliesslich, dass die ausserordentliche Aufwertung des Verwaltungsvermögens von 33 Mio. Franken das ausgewiesene Ergebnis aber etwas besser darstellt, als es tatsächlich ist. Die Aufwertung ist aber legitim und entspricht den Vorgaben des angewendeten Rechnungssystems HRM2, das sich stark an das «True and Fair»-Prinzip anlehnt. Nach diesen kritischen Blicken auf die vorliegenden Ergebnisse ist klar erkennbar, dass das operative Ergebnis um rund 80 Mio. Franken besser ist als budgetiert und dass das Entlastungspaket 12/15 Wirkung entfaltet.

Der Kanton ist also auf dem richtigen Weg. Man muss sich aber im Klaren sein, dass das Ziel einer ausgeglichenen Rechnung noch lange nicht erreicht ist. Dazu braucht es einen gleich grossen Kraftakt wie bisher. Alle sind deshalb gefordert, dem Entlastungspaket weiterhin grösste Aufmerksamkeit zu schenken. Man ist gefordert, von den Ideallinien abzuweichen, notfalls «Kröten» zu schlucken und Kompromisse zu suchen, damit die sogenannte Opfersymmetrie nicht überstrapaziert und einseitig immer die selben Einwohnerinnen und Einwohner getroffen werden. Das ist ein schwieriger Balanceakt, dem es sich jedoch zugunsten gesunder Staatsfinanzen zu unterwerfen gilt. Das Motto von Marianne Hollinger («zämmehebe») ist auch in dieser Hinsicht sehr passend.

Im Namen der FDP-Fraktion dankt sie allen Mitarbeitenden der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Ein besonderer Dank geht an den abtretenden Finanzdirektor Adrian Ballmer. In den Jahren 2000 bis 2008 ist es ihm gelungen, positive Jahresrechnungen vorzulegen. Erst nach dem konjunkturellen Einbruch Ende 2008 rutschte die Rechnung 2009 zum ersten Mal ins Minus. Seither setzte er sich mit enormem Engagement und viel Kampfgeist für das notwendige Entlastungspaket ein. Dass ihm dabei die Parlamentarier oder auch das Volk manchmal einen Strich durch die Rechnung machten, hatte ihn zwar enttäuscht, aber nie entmutigt. Dank seiner Vorsicht und

Weitsicht ist es ihm gelungen, eine immer noch sehr solide Bilanz mit einer moderaten Verschuldung vorzuweisen und das sehr wichtige Triple A zu erhalten. Für seine unermüdete Arbeit zugunsten des Baselbiets sei Adrian Ballmer herzlich gedankt. Die FDP tritt auf die Staatsrechnung ein und wird sie einstimmig genehmigen.

Alain Tüscher (EVP) stellt fest, dass der Jahresbericht 2012 eine Rückschau ist. Aus den gehörten Reden geht hervor, dass es ein guter Jahrgang gewesen sein soll. Der Abschluss ist besser als das Budget, jedoch mit einem Selbstfinanzierungsgrad von Minus 109% noch lange nicht gut.

Die Pensionskassen-Rückstellung von 111 Millionen Franken ist eine sehr weise Entscheidung. So hat der Kanton nun Rückstellungen in der Höhe von 450 Millionen Franken, was knapp einem Drittel dessen entspricht, was der Kanton an der Deckungslücke zu tragen hat. Es sei denn, die Gemeinden nehmen ihre Verantwortung nicht wahr und bürden ihre Schulden dem Kanton auf. Die steuerlichen Mehreinnahmen von 55 Mio. Franken haben gut getan. Betreffend Vermögensaufwertung ist nicht zu vergessen, dass es sich um umgesetzte Reserven handelte. (Was selbstverständlich legitim ist). Eines der Hauptziele für die Zukunft ist die Erhöhung des Steuersubstrats. Im Raum steht der Begriff Wirtschaftsoffensive. Er wurde oft genug missbraucht, nun sollen Taten folgen. Das Ziel ist ein attraktives Baselbiet.

In den letzten Tagen stand bei einer Analyse der Glarner Gemeindefusion ein Satz zu lesen, der dem Baselbiet als Motto gut stehen würde: Man soll dorthin gehen, wo es weh tut. Dies dient als Überleitung zum Ausblick: Als Politiker sollte man die Heiligen Kühe schlachten. Auch im Wissen, dass dies nicht die Stärke der Politiker ist, so bleibt es doch ein Wunsch. Es kann ja auch sein, dass die neue Regierung es schafft, in dieser Hinsicht positiv zu überraschen. Gelingt das, heisst das allerdings nicht, dass es das Parlament auch begriffen hat. Dies liegt in seiner Verantwortung.

Die CVP/EVP-Fraktion bedankt sich bei der Finanzverwaltung für die fachliche und sachliche Unterstützung. Den Anträgen der FIK wird zugestimmt, inklusive der Beilagen a bis c. Persönlich und zum Schluss bedankt sich Tüscher bei Adrian Ballmer für die Möglichkeit, zwei Jahre mit ihm zusammenarbeiten zu dürfen.

Klaus Kirchmayr (Grüne) sieht die Jahresrechnung und den Jahresbericht 2012 als Zeichen für einen eigentlichen Trendbruch. Die letzten Jahre waren nicht erfreulich für die Finanzpolitiker im Kanton. Sie waren anstrengend, zum Teil mühsam, es musste um den Kurs in die Zukunft hart gerungen werden. Das erfreuliche Resultat präsentiert sich nun erstmals – ein zartes Pflänzchen zwar, aber doch deutlich – als Einschnitt mit einem operativen Ergebnis von 80 Mio. Franken über dem Budget. Die Anstrengungen, die im Thinktank ihren Anfang nahmen, und die trotz heftigster Widerstände, riesiger Nörgeleien und grosser Skepsis durchgezogen wurden, tragen Früchte. Dank gilt dem Parlament, ganz herzlich aber auch der Regierung für diesen Kraftakt. Es ist ein Beispiel dafür, dass man auch aus einer schwierigen finanziellen Situation, z.T. selbstverschuldet, aber auch massgeblich durch ausserstehende Faktoren verursacht, wieder ausfindet.

Darum kann man heute zum ersten Mal konstatieren, dass man auf dem richtigen Weg ist. Insbesondere auf

der Aufwandseite wurden Fortschritte gemacht, die man kaum je für möglich gehalten hätte. Das Zustandekommen des positiven Ergebnisses ist der Zusammenarbeit zwischen Parlament und Regierung zu verdanken. Kirchmayr spricht Adrian Ballmer ein ganz grosses Merci aus für seine Bereitschaft, die Zusammenarbeit immer wieder zu suchen, auch wenn er die eine oder andere persönliche Enttäuschung auf diesem Weg erleiden musste. Positiv an Rechnung und Bericht ist auch, dass die Regierung (auch in ihren Taten) die Weichen für die Zukunft in die richtige Richtung gestellt hat. Es ist zu wünschen, dass die Wirtschaftsoffensive Früchte trägt und alle am gleichen Strick ziehen. Es ist erst die halbe Miete, im eigenen Haus für Ordnung zu sorgen. Es ist auch wieder eine Dynamik im Kanton nötig. Dies braucht die Anstrengung aller.

Der Dank geht auch an die Mitarbeitenden des Kantons. Es waren viele Spezialübungen und ein Sondereffort notwendig. Es gibt mehr als eine Amtsstelle, in der die Mitarbeitenden auf dem Zahnfleisch laufen. Es gibt natürlich auch noch vieles zu tun und nicht alles ist perfekt. Geht man aber langsam und stetig den Weg weiter, dann sind die nächsten Hürden zu nehmen.

Die Grüne Fraktion tritt auf die Staatsrechnung ein. Es ist Kirchmayr ein Anliegen, Adrian Ballmer persönlich für die professionelle und sehr anregende Zusammenarbeit, die vielen immer fair ausgefochtenen Kämpfe zu bedanken. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, dass sich dies so fortführen lässt. Für die Pensionierung wünscht er dem scheidenden Finanzdirektor, dass ihm insbesondere seine Enkelkinder die Freude bringen, auf die er sich für den kommenden Lebensabschnitt freut.

Gerhard Schafroth (glp) sagt, dass die glp/BDP-Fraktion auf die Rechnung eintritt und einstimmig Unterstützung beantragt. Das bisher Gesagte gibt einen guten Überblick über die finanzielle Entwicklung. Die Situation ist mit einem Selbstfinanzierungsgrad von minus 109% absolut gravierend. Das ist bekannt, es wird daran gearbeitet. Seine Äusserungen gehen in eine andere Richtung. Welches ist der Auftrag des Parlaments? Es gilt, das [Finanzhaushaltsgesetz](#) umzusetzen. Dort steht in §7, Abs. 1: «Die Rechnungsführung vermittelt eine klare, vollständige und wahrheitsgetreue Übersicht über den Haushalt und die Vermögenslage.»

Trifft dies auf die vorliegende Bilanz und Erfolgsrechnung zu? Es wurde die Kantonbank mit 160 Millionen Franken bilanziert, wobei man von ihr weiss, dass sie 1.7 Milliarden Franken Eigenkapital hat. Auf der Passivseite der Bilanz steht eine Pensionskasse, die den Kanton mit zwischen 2 bis 5 Milliarden Franken belasten kann. Die gebildete Rückstellung ist viel zu klein. Jedes seriöse Unternehmen hätte nach normalen Rechnungslegungsgrundsätzen die entsprechende Deckungslücke als Rückstellung zurückgelegt. Bekannt ist auch, dass die geleisteten und im Aufwand verbuchten Arbeitgeberbeiträge zu tief waren, was zur Bildung der Deckungslücke führte. Der Personalaufwand ist falsch dargestellt. Er wird als ausserordentlicher Aufwand in einem Aufwisch genommen, anstatt ihn jedes Jahr einzustellen. Aus seiner Sicht ist die vorliegende Rechnungslegung weder wahr noch vollständig.

Zur Punktlandung: Dabei handelt es sich um eine wiederkehrende Bezeichnung dafür, dass das Endergebnis dem Budget entspräche. Es ist aber bekannt, dass das

Endergebnis gesteuert ist – um es zurückhaltend auszudrücken. Es ist nur jenes ausgewiesen, das man ausweisen will. Und nicht das, was richtig wäre. Der Finanzplan war falsch, worauf der Votant schon früher hingewiesen hat. Die Probleme im Kanton sind ohne Transparenz nicht in den Griff zu bekommen. Das ist entscheidend, um überhaupt zu wissen, welche Probleme es zu lösen gilt. Seine Aufforderung deshalb an das Parlament: Es gilt das Rechnungswesen auf einen Stand zu bringen, damit klar ist, wo man betriebswirtschaftlich steht.

Selbstverständlich gilt dem Personal Dank. Viele der Angestellten leisten eine gute Arbeit. Aber es gibt auch eine Reihe von Spitzenkräften, die eine absolut miserable Leistung erbringen. Der Regierungsrat ist in der Verantwortung, dort auch unangenehme Entscheide zu fällen und unfähiges Personal v.a. in Spitzenpositionen auszuwechseln. Diese Verantwortung nahm er in den vergangenen Jahren zu wenig wahr.

Es steht ein grosser Wechsel in der Regierung an. Das ist eine seltene Gelegenheit für einen Wechsel. In Liestal wurde das mit dem neuen Stadtpräsidenten und dem ausgetauschten Stadtrat erreicht. Es hat Wunder bewirkt und ein ganz anderes Klima von Transparenz und Zusammenarbeit ist entstanden. Schafroth bittet die Räte, die Chance wahrzunehmen, um den Kanton in eine gute finanzielle Zukunft zu führen.

Regierungsrat **Adrian Ballmer** (FDP) möchte er sich vorweg für die ungewöhnlichen Laudationes herzlich bedanken. Hätte er all dies vorher gehört, wäre er gar nicht erst zurückgetreten. *[Gelächter]* Er bittet den Protokollanten, das zuvor Gesagte als ironische Bemerkung kenntlich zu machen. Zur Sache: Man befindet sich auf Kurs. Die Rechnung ist aber noch nicht so, wie sich das die Regierung, und schon gar nicht der Finanzdirektor, wünscht. Der Kurs stimmt jedoch mit dem Konsolidierungspfad des Entlastungspakets überein. Diesen Weg muss man gehen, nicht stur *[an Ruedi Brassel gewandt]*, aber konsequent. Und dies gemeinsam.

Berücksichtigt man die Tatsache, dass für den Rechnungsabschluss kein zusätzliches Eigenkapital zur Erfüllung der Vorgabe der Defizitbremse herangezogen werden musste, ist das Ergebnis deutlich besser als erwartet. Dafür geht der Dank v.a. an die Disziplin der Regierung und der Verwaltung. Die operativ Verantwortlichen haben sich bemüht, sorgfältig mit Geld umzugehen. Sollte es irgendwo nicht gelungen sein, ist es das Beispiel, das die Regel bestätigt. Es gibt aber keinen Grund zur Entwarnung. Das Ziel ist noch nicht erreicht und man tut gut daran, das Entlastungspaket im geplanten Umfang von 180 Millionen Franken zuerst vollständig umzusetzen, bevor neue Begehrlichkeiten ins Blickfeld geraten. Werden einzelne Massnahmen gestrichen, was denkbar ist, müssen dazu Alternativen herangezogen werden, was aber, mit fortgeschrittener Projektdauer, immer schwieriger umzusetzen ist. Dass dabei die Wirtschaftsoffensive erste Priorität hat, hat der Regierungsrat stets bekräftigt. Ohne Ertragssteigerungen bei den Steuern der juristischen Personen kann der Haushalt kaum nachhaltig ins Gleichgewicht gebracht werden. Manchmal muss bei den Sätzen etwas reduziert werden, damit der Gesamtertrag gesteigert werden kann.

Der Kanton Basel-Landschaft steht alles in allem gut da. Besieht man sich die verschiedenen Studien, rangiert das Baselbiet jeweils im vorderen Drittel. Es wird auch auf

konstant hohem Niveau investiert oder zumindest geplant. Ist das Entlastungspaket einmal in vollem Umfang realisiert und die Wirtschaftsoffensive in absehbarer Zeit erfolgreich, wird der Kanton auch wieder über den gewünschten Handlungsspielraum verfügen.

Gestern hatte sich Ballmer für das jährliche Gespräch mit der zuständigen Rating Agentur «Standard and Poor's» getroffen. Sie erkundigten sich, ob Vertrauen angebracht ist, dass Regierung und Parlament den Konsolidierungspfad konsequent weiter beschreiten. Für das Baselbieter Rating – das sehr wichtig für die Beschaffung von Fremdkapital ist, wissend, dass in den kommenden zehn Jahren einiges davon zu beschaffen sein wird – ist Vertrauen entscheidend. S&P wurde beschieden, dass Regierung und Parlament vertraut werden könne.

Ballmer bittet das Parlament, den Anträgen gemäss Entwurf des Landratsbeschlusses zu folgen. Eine letzte Bemerkung zu den Anwürfen von Gerhard Schafroth: Die Finanzkontrolle, die etwas vom Geschäft versteht, hat die Rechnung ohne Vorbehalt zur Genehmigung beantragt.

Marc Joset (SP) richtet einen kurzen Dank an die Adresse von Adrian Ballmer aus, und schliesst darin die Kommissionsmitglieder ein, die zu einer fairen Gesprächskultur beigetragen haben. Das ist nicht selbstverständlich. Es gibt oft inhaltliche und politische Differenzen auszutragen. Es ist auch bekannt, dass die Fraktionen nicht nur die pflegeleichtesten Mitglieder in die FIK delegieren. Durch das grosse Pensum wird die Grenze zum Milizsystem nicht selten überschritten. Allen Beteiligten sei somit herzlich gedankt.

– Amtsbericht

Hanspeter Weibel (SVP) erlaubt sich nun einige Ausführungen zum zweiten Teil des Jahresberichts, dem Amtsbericht. Einleitend bemerkt er, dass die GPK grundsätzlich immer alles mit einem kritischen Auge betrachtet. Das ist ihre Aufgabe. Es leisten aber auch in der Verwaltung sehr viele Mitarbeitende sehr gute Arbeit und verhalten sich, wenn auch mit einem gewissen Grundmisstrauen, kooperativ. Dies ist ihm wichtig festzuhalten, bevor er mit einigen kritischen Ausführungen aufwarten möchte.

Einleitend einige Worte zur neuen Berichterstattung. Damit wurden Verbesserungen für die politische Planung und Steuerung eingeleitet. Die einzelnen Instrumente sollten auch besser aufeinander abgestimmt sowie nutzerfreundlicher und aussagekräftiger gestaltet werden. Es gibt jedoch noch einige verbesserungswürdige Punkte. Ziel der Integration von Staatsrechnung und Amtsbericht in einen Jahresbericht ist die Transparenz zwischen finanziellem und programmatischem Teil. Dies ist nicht immer und überall gelungen. Die Zusammenhänge sind nicht immer ganz einfach zu erkennen gewesen. Dazu ist das Jahresprogramm z.T. verkürzt und nicht vollständig zu finden.

Als Problem wird erachtet, dass Arbeiten, die in einem Jahr behandelt werden, in einem nächsten aus dem Blickfeld geraten können. Ein Blick zurück auch in die Dokumente der Vorjahre ist deshalb hilfreich. Damit lässt sich die Direktion auch an ihre eigenen Vorgaben erinnern. Die jährlichen Direktionsbesuche der Subkommissionen sind ein wichtiger Bestandteil, um sich ein Bild machen zu können. Der Geschäftsbericht ist im übrigen

nur im Internet zu finden und gibt wertvolle Hinweise. Es ist zu überlegen, ob gewisse Bereiche daraus in den Jahresbericht zu integrieren sind. Aus diesem geht nicht immer hervor, welche Dienststellen zusätzlich eigene Jahresberichte verfassen. Im Jahresbericht des Regierungsrats muss künftig ein Hinweis auf bestehende separate Jahresberichte von Dienststellen aufgenommen werden.

Die Fragen zur Ausgestaltung des Berichts veranlassen ihn dazu, den Vorschlag zu machen, dass die Subkommissionen und Präsidenten von FIK und GPK mit den Generalsekretären zusammensitzen, um die offenen Punkte auszudiskutieren.

Spezielle Punkte im Bericht: Von der FKD wurde das Dossier Luftverkehr zur BUD verschoben. Dabei wurde vermutlich die Ankunft verpasst, womit der Luftverkehr gar nirgends Erwähnung findet. Festzustellen ist auch, dass die Wechsel bei der Leitung des Personalamts eine Dauerbaustelle sind. Es wurde festgestellt, dass bei der FKD verschiedene Vorhaben auf die längere Bank geschoben werden mussten. Die Erklärungen dazu sind klar und einleuchtend (Konzentration auf Entlastungspaket und Sanierungsvorlage BLPK).

In der VGD wird zur Kenntnis genommen, dass das Generalsekretariat neu organisiert wurde. Zu den Spitälern: Der Regierungsrat stellt zur Zeit politische vor Corporate Governance-Überlegungen: durch den Einsitz in den Verwaltungsrat des Kantonsspitals Baselland und der Psychiatrie Baselland nimmt er seinen Einfluss auf die Strategie und die Eignerinteressen wahr, hat damit also gleichzeitig eine Überwachungs- und eine Mitsprachefunktion.

In der BUD gilt es v.a. im Bereich Tiefbau hervorzuheben, dass nach wie vor ein Werterhaltungsrückstand von 150 Mio. Franken besteht und man mit einem optimalen Mitteleinsatz dafür kämpft. Im Bereich Umwelt- und Energie wird aufgezeigt, was mit den belasteten Standorten – ausgewiesen im öffentlich zugänglichen Kataster, der nun nahezu vollständig erstellt und im Detail ausgewiesen ist – geschehen soll in Bezug auf Überwachung oder der Notwendigkeiten zur Sanierung. Beim Agglomerationsprogramm sind als wichtige Projekte aus Sicht des Kantons die Tramerschliessung Salina Raurica, Doppelspurausbau Tram 10, ÖV-Drehscheibe in Laufen und die neue Birsbrücke Laufen aufgeführt.

Bei der SID gibt es einen Rückblick auf die Bezirksschreibereien, wo man der Meinung ist, dass der Umbau gut abgeschlossen wurde, ebenso auf das Projekt FOCUS mit der Aufhebung der Amtsnotariate und dem Aufbau des freiberuflichen Notarenstands. Auf die Themen Polizei BL und die Staatsanwaltschaft wird zum jetzigen Zeitpunkt nicht näher eingegangen. Das bildet Gegenstand eines bereits publizierten GPK-Berichts.

Bei der BKSD wird darauf hingewiesen, dass der Verpflichtungskredit für die Umsetzung des Sprachenkonzepts an der obligatorischen Schule (Einführung Französisch ab der dritten Primarklasse und Englisch ab der fünften) bewilligt sind. Andere Kantone sowie auch Lehrer signalisieren mit der Umsetzung dieses Konzepts teilweise bereits Probleme. Die Frage stellt sich beim Projekt Passpartout, ob das begleitende Institut de Recherche et de Documentation Pédagogique genügend unabhängig ist. Beim CSEM stellt sich die Frage, ob die Institution nicht auch effizienter von der Wirtschaftsförderung be-

gleitet werden könnte. Beim Amt für Volksschulen der Hinweis, dass allenfalls eine Auslagerung für zeitlich begrenzte Aufgaben zu prüfen wäre.

Der Teil Amtsbericht 2012 ist gemäss Landratsbeschluss zu genehmigen.

Oskar Kämpfer (SVP) wird seine Bemerkungen zum Amtsbericht unterteilen in Hinweise auf Inhalt (das von der Regierung im letzten Jahr Geleistete) und auf den Prozess (des Zustandekommens des Berichts).

Es ist, scheint ihm, das erste Mal, dass relativ viele kritische Bemerkungen zu den Abläufen des letzten Jahres erfolgt sind. Dass der Bericht zum ersten Mal in der vorliegenden Kombination vorliegt, ändert nichts am Eindruck der SVP-Fraktion, dass die Departemente beim Verfassen des Berichts dem etablierten Prozess der kritischen Beurteilung der GPK nicht unbedingt entgegen kommen und es erleichtern. Die SVP würde sich über eine in Zukunft weniger selektive Berichterstattung freuen. Die Bearbeitungszeit für die GPK ist deren Milizstatus nicht wirklich angepasst. Es ist auch nicht ersichtlich, warum die Regierung eine Berichterstattung, die über ein Jahr hinweg aufgebaut werden könnte, so spät den Kommissionen vorlegt. Es wäre wünschenswert, wenn mehr Zeit für eine kritische Beurteilung bliebe. Die SVP stimmt mit diesen kritischen Bemerkungen dem Bericht zu.

Hanni Huggel (SP) konnte in ihrer 10-jährigen GPK-Tätigkeit die Entwicklung des Berichtswesens mitverfolgen. Am Anfang standen je ein Amtsbericht und einer über die Rechnung, die nicht einmal die gleiche Nummerierung aufwies, was ein mühsames Zusammensuchen bedingte. Dann wurde von Regierungsrat Adrian Ballmer das neue Berichtswesen vorgestellt. Das, was von der GPK immer wieder gefordert wurde, liegt nun vor: Eine Zusammenführung von Rechnung und Amtsbericht. Das ist prinzipiell ziemlich gut gelungen, obwohl es hin und wieder schwierig ist, die zusammengehörenden Teile zusammen zu bringen. Hier gibt es Verbesserungspotential.

Beim ersten Durchlesen besteht der Eindruck, dass der Teil Jahresprogramm etwas mager ausgefallen ist. Auch im Vergleich mit früheren Berichten. Deshalb sind die Besuche bei den Regierungsräten mit ihren Generalsekretären sehr wichtig, weil sich dabei konkret Nachfragen lässt. Denn es kann ja auch nicht alles in Gänze aufgeführt werden, was in einem Jahr gemacht wurde. Es besteht eine gewisse Transparenz auch bezüglich der parallel arbeitenden Subkos, was eine gute Abstimmung der spezifischen Tätigkeiten ermöglicht. Doch auch hier gibt es noch Verbesserungspotential.

Namens der SP-Fraktion ist hinzuzufügen: Bezüglich Stellenrotation stellt man fest, dass in der Sicherheitsdirektion am meisten Stellen abgebaut worden sind (zu erklären u.a. aufgrund des dort stattfindenden Umbaus). Für die beiden Fachstellen für Familienfragen und die Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt gilt festzuhalten, dass das Minimum an den benötigten Stellen für die anfallende Arbeit erreicht ist. Die SP warnt hier vor weiteren Kürzungen, eher sollte noch etwas aufgestockt werden. Eine gute und frühe Prävention bzw. Intervention spart letztlich auch viele Kosten.

Zum [Geschäftsbericht](#) im Internet: Es handelt sich ebenfalls um eine Art Jahresbericht, der sehr gut lesbar ist. Auf der einen Seite gibt es also ein dickes Buch als Jahresbericht mit einer eher mageren Darstellung des

Programms. Auf der anderen Seite gibt es den Geschäftsbericht im Internet mit schönen, gut und verständlich dargereichten Aussagen. Sie bittet die Regierung, zwischen diesen beiden ein besseres Gleichgewicht zu finden. Vor allem sollte der Geschäftsbericht sichtbarer gemacht werden, denn eigentlich gehört dieser auch zum Jahresbericht.

Die SP ist mit den beiden Berichten einverstanden. Bei der Gelegenheit möchte sie die langjährige GPK-Kommissionssekretärin Marie-Therese Borer verabschieden, die in den Ruhestand geht. Sie hat stets eine enorme Arbeit geleistet, verwaltete das Gedächtnis der GPK, brachte den Schliff in die Kommissionsberichte. Für diesen ganz entscheidenden Anteil wird ihr herzlich gedankt.

Monica Gschwind (FDP) sagt, dass beim ersten Jahresbericht natürlich noch Verbesserungspotential vorhanden ist. Insgesamt ist er jedoch ein aussagekräftiges und übersichtliches Führungsinstrument. Im Amtsbericht handelt es sich um eine Rückschau bzw. eine umfassende Standortbestimmung der Regierung, in der aufgezeigt wird, wie die gesteckten Ziele erreicht worden sind. Zum ersten Mal findet man im Anhang jetzt auch die Indikatoren zur Messung der Zielerreichung, den Ausgangs- und Zielwert sowie die erreichten Werte 2012. Es sind zwar noch nicht viele Indikatoren greifbar, es ist aber trotzdem interessant zu lesen, wie die Regierung die vorhandenen Ergebnisse kommentiert.

Was die Zielerreichung der einzelnen Projekte angeht, kann gesamthaft gesagt werden, dass viele angegangen oder realisiert worden sind. Viele mussten aber auch aufgrund der knappen Personalressource verschoben werden. Grosse Projekte wie das Entlastungspaket, die Sanierung der BLPK oder FOCUS haben viel Personal gebunden. Die Statistik in Sachen Anfrage und Auftrag an die Verwaltung hat sie mit Interesse weitergeführt. Im Jahr 2012 sind total 92 Interpellationen schriftlich und 31 Fragen mündlich beantwortet worden. 79 Aufträge sind zur Abschreibung empfohlen und 50 erfüllt worden. Dies zeigt wiederum, dass die Parlamentarier der Verwaltung einiges abverlangen.

Die FDP folgt dem Antrag der GPK, den Amtsbericht 2012 zu genehmigen.

Agathe Schuler (CVP) sagt, dass die CVP/EVP-Fraktion mit Interesse die neue Berichterstattung, insbesondere die Jahresplanung der Regierung, studiert hat. Gesamthaft wird die Neuordnung des Berichtswesens und die Neuaufmachung der Berichterstattung als gelungen betrachtet. Auch sie hat, ähnlich wie Hanni Huggel, Zeiten erlebt, in der nicht einmal die Nummerierung übereingestimmt hat und viel mühsame Sucharbeit nötig war, um die Zusammenhänge herzustellen. Es ist der Verwaltung daher ans Herz zu legen, dass als A und O einer Berichterstattung und Planung die konsequente Nummerierung über alle Direktionen hinweg und v.a. über die Jahre gleichbleibend gewährleistet ist.

Persönlich hat sie bei ihrer GPK-Tätigkeit festgestellt, dass die Betrachtung in Einjahres-Portionen in nicht wenigen Fällen zu kurz greift. Allzu schnell verschwinden so Themen der Vorjahre aus dem Fokus. Als Beispiel sei das [Beteiligungscontrolling](#), Position 2102 (Finanzverwaltung) zu nennen. Seit über zwei Jahren ist ein [Beteiligungsbericht](#) an den Landrat ausstehend. Aber auch Verschiebungen innerhalb der Verwaltung können dazu führen,

dass Themen verschwinden. Siehe die Position Luftverkehr Euroairport, die in der Jahresplanung vergessen wurde. Generell stellt die CVP/EVP-Fraktion fest, dass viele Ziele im Jahr 2012 erreicht werden konnten oder auf Kurs sind. Ebenso aber auch, dass einiges, das im Visier war, nicht erreicht werden konnte. Sei es, weil Volk oder Landrat dagegen waren, oder weil die (personellen) Ressourcen fehlten.

Die CVP/EVP-Fraktion folgt den Anträgen der GPK und genehmigt den Bericht. Sie dankt allen Mitarbeitenden des Kantons für die Arbeit. Verdankt wird auch Regierungsrat Adrian Ballmer, der heute seinen letzten Amtsbericht präsentieren durfte. Nachdem er gute und schlechtere Zeiten in der Regierung erlebt hatte, sind ihm für die kommenden Jahre im Ruhestand nur das Beste vergönnt: Gesundheit und viel Freude in seinen neuen Tätigkeiten, insbesondere mit seiner Familie.

Landratspräsident **Jürg Degen** (SP) stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist. Eine weitere Bemerkung wird nicht erwünscht.

://: Der Landrat genehmigt den Jahresbericht 2012 mit 74:0 Stimmen bei einer Enthaltung.
[Namenliste einsehbar im Internet; 11.21]

Für das Protokoll:
Markus Kocher, Landeskantlei

*

Nr. 1373

23 2013/232

Vorlagen: Findungskommission Landschreiber/-in

Landratspräsident **Jürg Degen** (SP) weist darauf hin, dass mittlerweile alle im Landrat die eingeschobene Vorlage erhalten haben. Er beantragt Änderung zu Punkt 1, wo der letzte Satz des Texts fehlt. Dieser lautet: «Der Kommission gehört mit beratender Stimme auch ein Mitglied des Regierungsrats an». Er bittet um Wortmeldungen.

Rolf Richterich (FDP) dankt dem Büro für die kurzfristige Ausarbeitung der Vorlage, so dass heute schon die Gelegenheit besteht, vor den Sommerferien dem Geschäft vorzuspüren. Grundsätzlich ist die Einsetzung einer Findungskommission richtig. Die entscheidende Frage ist, wie man zur besten Auswahl von Kandidatinnen und Kandidaten kommt. Beim letzten Mal war der Weg nicht ideal. Daraus sind die Lehren zu ziehen. Idealerweise soll nur ein einziger Name zur Auswahl stehen, analog zur Wahl in den Bankrat. Die Regierung legt dabei eine Liste vor, die genehmigt oder nicht genehmigt wird. Im letzten Fall ginge das Geschäft zurück an die Regierung, die neue Namen liefern muss. Für die Wahl des neuen Landschreibers bzw. der neuen Landschreiberin ist das gleiche Vorgehen zu wählen: Die Evaluation findet innerhalb der Findungskommission statt, die eine/n Kandidaten/in präsentiert. Dies bedingt eine gute Begleitung durch ein externes, professionelles Büro mit Erfahrung, geht es doch darum, eine Top-Kaderstelle des Kantons zu besetzen. Die Wahl ist zwar eine politische, der aber auf zivilem Weg vorgespürt werden kann. Damit lässt sich auch eher

jemand finden, der im Landrat breit akzeptiert ist, was für eine Person, mit der täglich zusammengearbeitet werden muss, umso wichtiger ist.

Die FDP macht dazu folgende Anträge. 1. soll die Findungskommission lediglich eine Einerkandidatur vorschlagen. Wird die Person nicht gewählt, muss die Findungskommission nochmal über die Bücher. 2. soll die Findungskommission in ihrer Arbeit durch eine externe Stelle unterstützt werden. Dazu kann sie ein Mandat aus schreiben, wofür das Büro Geld spricht. Das ist nicht billig, aber für die entscheidende Stelle im Gefüge des Kantons eine Voraussetzung. 3. gibt es einen Antrag zur Zusammensetzung der Findungskommission: Im Vorschlag ist, weil es sich um ein Siebnergremium handelt, aufgrund der Proporzverteilung eine Fraktion nicht vertreten. Das ist nicht klug. Seiner Meinung nach sollte jede Fraktion vertreten sein. Dies wären 6 Personen. Als siebte und letzte Stimme liesse sich die Regierung als ordentliche Vertretung integrieren.

Die Anträge würden wie folgt ergänzt/geändert:

1. «... Findungskommission bestehend aus je einem Mitglied aller Fraktionen und der Regierung...»
2. «... Wahlvorschläge für die Kommission (1 SP, 1 SVP, 1 FDP, 1 CVP/EVP, 1 Grüne, 1 BDP/glp)...». Das SVP-Präsidium liesse sich streichen.
3. «Die Findungskommission unterbreitet dem Landrat eine Einerkandidatur.»
4. «Die Findungskommission zieht einen externen Berater bei und lässt ein Assessment durchführen. Dem Büro wird empfohlen, die Ausgaben dafür zu bewilligen.»

Kathrin Schweizer (SP) dankt dem Büro für die schnelle Reaktion. Die Anträge von Rolf Richterich kann die SP-Fraktion grundsätzlich unterstützen. Etwas Bedenken besteht bei einer vorzeitigen Einschränkung der Kommission auf eine Einerkandidatur, ohne dieser die Möglichkeit offenzulassen, sich selber auf das richtige Vorgehen zu einigen. Die Notwendigkeit einer externen Unterstützung ist unbestritten. Die Aufteilung nach Fraktionen plus eine Stimme für die Regierung ist in Ordnung. Dabei sollte aber auch auf ein anständiges Geschlechterverhältnis geachtet werden. Sie bittet die Fraktionen darum besorgt zu sein, dass mindestens ein Drittel der Vertretung Frauen sind. Den anderen Anträgen kann die SP zustimmen.

Rolf Richterich spricht **Felix Keller** (CVP) aus dem Herzen. Für die CVP ist es ein grosses Anliegen, die Findung von einem externen Büro begleiten zu lassen. Wichtig ist auch, dass die Landeskantlei in den Prozess eingebunden ist. Der Antrag auf eine Einerkandidatur ist ebenfalls unterstützenswert.

Die SVP sieht das Ganze etwas liberaler, verkündet **Dominik Straumann** (SVP). Warum soll im Vorfeld schon alles eingeschränkt werden? Die Findungskommission sollte festlegen können, welches Vorgehen das Beste ist. Der Einsatz eines Headhunters ist zu unterstützen. Weitere Auflagen sind nicht sinnvoll. Das Stimmrecht der Regierung ist wegen der Gewaltentrennung problematisch, die Entscheide sollten beim Landrat bleiben. Als eine beratende Stimme kann man sie sich hingegen vorstellen. Die SVP macht beliebt, dass der Verteiler in der vorliegenden Form belassen wird, da es die Kräfte im Landrat eins zu eins widerspiegelt. Bezüglich des SP-Antrags (Geschlech-

tervertretung) ist zu sagen, dass dies in der Kompetenz der Fraktionen liegt. Wenn unter den Personen, die viel von Personalführung und -evaluierung verstehen, auch Frauen sind, wäre das durchaus super.

Klaus Kirchmayr (Grüne) sagt, dass die Grüne Fraktion die Anträge von Rolf Richterich unterstützt. Ein Wort zur Gewaltentrennung, die eben von Dominik Straumann genannt wurde. Der Landschreiber untersteht je zur Hälfte dem Landrat und der Regierung. Letztere könnte durchaus mehr Mitsprache verlangen. Es ist anerkennend festzustellen, dass die Regierung die Situation im Vorfeld professionell behandelt hat. Es ist daher durchaus sinnvoll, die Regierung in der vorberatenden Kommission mit einer Stimme zu beteiligen. Zum Einervorschlag und Assessment: Es ist eine der Lehren aus der letzten Findung, dass man sich besser auf einen Einervorschlag geeinigt hätte. Sobald zwei im Rennen sind, ist die Verlockung für die Kommission sehr gross, sich nicht wirklich festzulegen. Deshalb ist der Vorschlag Richterich zu unterstützen.

Hans Furer (glp) ist froh, dass Rolf Richterich den Antrag bezüglich der Einerververtretung gestellt hat. Er stellt befriedigt eine grössere Akzeptanz fest. Ebenso, dass der Antrag dahingehend interpretiert wird, dass die glp/BDP auch als Fraktion gilt. Zu Dominik Straumann: Sein Hinweis, dass die in der Vorlage vorgeschlagene Vertretung die Kräfte im Landrat widerspiegeln würde, bedeuten, dass glp/BDP ein Nichts sei. Das war wohl nicht so gemeint, sondern so, dass die Fraktion noch sehr jung, klein und unerfahren ist. *[Gelächter]* Ein Sitz für seine Fraktion wäre jedoch sinnvoll. Auch die glp/BDP-Fraktion unterstützt den Beizug eines Externen. Ähnliches wird auch in der Privatwirtschaft oft gemacht, ist also alles andere als exotisch. Der Regierungsrat sollte zudem nicht nur eine beratende, sondern eine mitbestimmende Stimme haben. Er ist mit sechs Stimmen jederzeit zu überstimmen.

Dominik Straumann (SVP) bringt ein Beispiel. Angenommen, die Findungskommission wählt mit 4:3 Stimmen den Landschreiber als Vorschlag zuhanden des Landrats. Wenn am Ende nicht der gleiche Vorschlag gebracht wird, kommt es wieder zum gleichen Kräftemessen wie das letzte Mal. Das wäre ein schlechtes Signal. Entweder wird das Ganze politisiert, oder man bildet die politischen Kräfte im Rat ab. Die Wahl soll sachlich vonstatten gehen.

Urs Hess (SVP) findet es nicht gut, dem Regierungsrat eine Stimme zu gewähren. Letztes Mal, als eine Zweite Landschreiberin gewählt werden sollte, war der Landrat mit beratender Stimme beteiligt. Bestimmt hat der Regierungsrat. Es gibt eine Gewaltentrennung: Der Landrat wählt den Ersten, der Regierungsrat den Zweiten Landschreiber. Eine Durchmischung ist nicht angezeigt. Der Regierungsrat gehört lediglich mit beratender Stimme dazu.

Urs-Peter Moos (Freie Wähler) ist mit Vielem, was hier vorgebracht wurde, einverstanden. Er erinnert daran, dass die Findungskommission damals zwei Leute vorgeschlagen hatte. Beide kamen nicht zum Zug. Sieht man die Lösung einzig in einer Ausdehnung der Kompetenzen der Findungskommission und den Gesamtlandrat nur als Abnick-Gremium, können daraus Nachteile erwachsen. Er unterstützt den Fraktionspräsidenten der SVP in seiner

Haltung, nicht von vornherein etwas einzuschränken, was sich auch als sinnvoll erweisen könnte.

Zur letzten Wahl ist zu sagen, dass seiner Meinung nach der beste Kandidat gewählt wurde. Er sieht dies nicht als eine Politisierung der Landschreiberwahl. Man muss nicht vom einen ins andere Extrem fallen. Günstig ist sicher, wenn eine externe Firma den Findungsprozess unterstützt.

Andreas Bammatter (SP) bittet zu bedenken, was die Bedeutung der Findungskommission ist. Es wird hier um den Brei herum geredet. Der Kommission sollte aber erst einmal die Gelegenheit gegeben werden, sich zu finden und einen Vorschlag zu machen. Später kommt es ohnehin in den Landrat. Es macht wenig Sinn, der Findungskommission alles vorzuschreiben und ihre Rechte wegzunehmen, indem auch noch der externe Experte vorgeschrieben wird. Unter diesen Umständen möchte er lieber nicht Mitglied der Kommission sein. Er ist aber auch nicht Kandidat.

Martin Rüegg (SP) wundert es, dass der Vorschlag von der FDP kommt. Er erinnert daran, dass die letzte Kommission von der FDP präsiert wurde. Er meint, diese hatte damals einen guten Job gemacht, ebenso wie die Kommission. Der Landrat muss sich hingegen etwas an der Nase nehmen. Er hatte nicht auf die Findungskommission gehört. Es wurden zwei Leute vorgeschlagen. Gewählt wurde ein Dritter. Das grosse Problem liegt in diesem Vorgehen. Auch mit all den genannten Vorschlägen kann das nicht ausgeschlossen werden.

Er ist nicht sicher, ob es sinnvoll ist, einen Einervorschlag zu erzwingen. Stehen zwei Leute zur Wahl, kann das zum Problem führen. Bei einem Einervorschlag muss von Anfang an die zweite, offenbar auch geeignete Person, ausgeschlossen werden. So wird je nach Ausgang wieder bei Null angefangen. So viel Zeit bleibt nicht.

Die Argumentation von Rolf Richterich, dass der Proporz die Teilnahme von BDP und glp rechtfertigt, versteht er. Gleichzeitig setzt er aber den Proporz ausser Kraft, resp. in Frage, wenn nachher SVP und SP nur eine Person schicken sollen. Das kann er nicht nachvollziehen. Wollte man dem Vorschlag folgen und auch die Kleinen einbeziehen, müsste man folgerichtig eine Neunerkommission bilden – ohne eine Schmälerung der grossen Fraktionen. Die Regierung soll zwar dabei sein, aber kein Stimmrecht haben. Der vorliegende Vorschlag (gemäss Vorlage) ist auch aus Zeitgründen der Gangbarste. Der Kommission ist möglichst viel Handlungsspielraum zu lassen. Ob jemand beigezogen werden soll oder nicht, ob ein Einer- oder ein Zweivorschlag erfolgen soll, ist ihr zu überlassen.

Rolf Richterich (FDP) weist auf das Problem hin, dass bei der Präsentation mehrfacher Kandidaturen im Landrat diese Personen öffentlich werden. Es gibt vielleicht kandidierende, die dies nicht schätzen und sich nicht präsentieren möchten, ohne eine ganz grosse Chance zu haben, gewählt zu werden, da sie sich womöglich in einem ungekündigten Anstellungsverhältnis befinden. Es handelt sich hier um eine sehr heikle Personalfrage. Es sollte die Findungskommission vielmehr mit guten Mitteln ausgestattet werden, damit sie die Kandidatur optimal vorbereiten können. Das letzte Mal hatte sie wohl einen guten Job gemacht. Doch wurde das Verfahren anschliessend wieder

verpolitisiert. Werden diese Leute bekannt gemacht und tauchen dann sogar noch Personen auf, die nicht auf dem Ticket stehen, ist eine Schlacht wie anno dazumal absehbar. Dies gilt es auszuschliessen und prophylaktisch zu verhindern.

Urs-Peter Moos (Freie Wähler) sagt, dass es sein mag, dass einige Kandidaten die Öffentlichkeit im Vorfeld scheuen. Es ist aber auch möglich, dass alle dazu stehen. Die Kandidatenfrage bereits heute auf einen Vorschlag einzuschränken, scheint ihm nicht richtig. Richtig wäre, wenn die Findungskommission die Kompetenz hätte, dies zu entscheiden.

Marc Bürgi (BDP) findet, dass die Diskussion bereits die eigentliche Aufgabe der Findungskommission vorwegnimmt. Die Anzahl der Kandidierenden wäre das Resultat der Suche nach geeigneten Personen. Der Hinweis von Rolf Richterich betreffend Diskretion ist relativ wichtig. In Zusammenhang mit Rekrutierung von Fach- und Führungsleuten hat er gelernt, dass der ganze Ablauf der Findungskommission strukturiert, sachlich und mit klaren Vorgaben (Rekrutierungskriterien, Anforderungsprofil etc.) ablaufen muss, um am Ende eine Politisierung zu verhindern. Der Beizug einer externen Beratung scheint ihm nicht notwendig zu sein. Die letztjährige Findungskommission hat gezeigt, dass es auch ohne geht.

Jürg Degen (SP) geht nun zur Abstimmung über. Er sieht hier zwei einander entgegen gesetzte Systeme. Der Antrag der FDP zu Punkt 1 und 2 (Einbezug eines Mitglieds aus jeder Fraktion plus die Regierung). Dies wird dem Büroantrag gegenüber gestellt, ergänzt dadurch, dass die Regierung mit einer beratenden Stimme Einsitz nimmt.

Klaus Kirchmayr (Grüne) schlägt vor, dass die Zusammensetzung und die Beteiligung der Regierung getrennt zur Abstimmung kommen. Erstens: die Frage des Proporzschlüssels (Antrag FDP vs. Antrag Büro). Anschliessend soll abgestimmt werden, ob die Regierung stimmberechtigt oder lediglich beratend Einsitz hat.

Ruedi Brassel (SP) findet den Vorschlag sehr gut. Gleichzeitig sollte darüber abgestimmt werden, ob die Findungskommission zu einem Einervorschlag verpflichtet ist oder nicht.

Jürg Degen (SP) rekapituliert, dass es damit zu drei Abstimmungen kommt. Die erste Abstimmung gilt der Zusammensetzung der Kommission. Antrag FDP: Jede Fraktion ist mit einer Person vertreten. Antrag Büro: der übliche Verteilschlüssel (2 SVP, 2 SP, 1 FDP, 1 CVP/EVP, 1 Grüne).

://: Der Landrat nimmt mit 51:31 bei 2 Enthaltungen den Vorschlag der FDP an, dass alle Fraktionen mit einem Mitglied vertreten sind.
[Namenliste einsehbar im Internet; 11.49]

Jürg Degen (SP) geht zur zweiten Abstimmung über. Hier geht es um die Frage, ob die in der Kommission vertretene Regierung ein Stimmrecht oder lediglich eine beratende Stimme haben soll.

://: Der Landrat stimmt mit 31:53 Stimmen dafür, der Re-

gierung eine beratende Stimme in der Findungskommission zu genehmigen.

[Namenliste einsehbar im Internet; 11.50]

Der dritte Antrag lautet, dass die Findungskommission dem Landrat eine Einerkandidatur zu unterbreiten hat.

://: Der Landrat lehnt den Antrag mit 44:38 bei 1 Enthaltung ab, dass die Findungskommission dem Landrat eine Einerkandidatur vorzulegen habe.

[Namenliste einsehbar im Internet; 11.51]

Jürg Degen (SP) geht zum vierten Antrag über. Dieser lautet: «Die Findungskommission zieht einen externen Berater bei und lässt ein Assessment durchführen. Dem Büro wird empfohlen, die Ausgaben dafür zu bewilligen.»

://: Der Landrat stimmt mit 63:16 bei 5 Enthaltungen zu, dass der Findungskommission ein externer Berater zur Seite gestellt wird.

[Namenliste einsehbar im Internet; 11.52]

Jürg Degen (SP) kommt zur Schlussabstimmung über den Büroantrag zusätzlich der erfolgten Änderungen.

://: Der Landrat stimmt der Einrichtung der Findungskommission mit 74:5 bei 4 Enthaltungen zu.

[Namenliste einsehbar im Internet; 11.53]

Jürg Degen (SP) unterbricht an dieser Stelle die Traktandenliste. Es stehen noch eine Reihe von Verabschiedungen an.

Für das Protokoll:

Markus Kocher, Landeskanzlei

*

Mitteilungen / Verabschiedungen

– *Verabschiedung von zurücktretenden Landrätinnen und Landräten*

Jürg Degen (SP) verabschiedet vier Landratsmitglieder in der Reihenfolge ihres Eintritts.

– Christian Steiner

Christian Steiner ist bei den Gesamterneuerungswahlen 2003 in den Landrat gewählt worden. Er begann seine Kommissionsarbeit in der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission (BKSK); für zwei Jahre wechselte er in die Bau- und Planungskommission (BPK) und ist heute wieder in der BKSK sowie der IPK der Fachhochschule Nordwestschweiz Mitglied. Christian Steiner hat genau 10 Vorstösse eingereicht. Das ist gemessen an den Amtsjahren ein Vorstoss pro Jahr. Mehrheitlich waren dies Vorstösse zu Bildungsfragen.

Persönlich ist er dem Sprecher als sachlich kompetentes und faires Landratsmitglied aufgefallen. Alles Polemische war ihm fremd und unbehaglich. Als der Landratspräsident in Steiners Dorf Liesberg einen Besuch abstattete, spürte er dessen grosse Zuneigung zum Laufental und zu Liestal. Dies hat ihn beeindruckt.

Er wünscht ihm im neuen Lebensabschnitt alles Gute. Im Namen des Landrats wird sein Einsatz für den Kanton herzlich verdankt.

[Applaus]

– Bea Fünfschilling

Sie konnte etwas mehr als ein Jahr nach den Wahlen 2004 in den Landrat nachrücken und gehörte zu den Parlamentarierinnen, für die ein Landratsmandat Fortsetzung einer bereits grossen politischen Karriere war. Als Gemeindepräsidentin von Binningen stiess sie nicht als Neuling in den Rat. Von Anfang an war sie Mitglied der BKSK. Dort konnte sie sich als Lehrerin und als Präsidentin des Lehrerinnen und Lehrervereins Baselland ganz ihren Lieblingsthemen annehmen.

Degen konnte mit ihr zwar nie in einer Kommission zusammenarbeiten. Bei den wenigen persönlichen Gesprächen ging es natürlich auch immer um die Schule. Dabei konnte er feststellen, dass man sich in vielen Fragen erstaunlich einig war.

Mit Bea Fünfschilling verliert der Landrat eine profunde Kennerin der Baselbieter Bildungslandschaft. Er dankt ihr für ihre geleistete Arbeit herzlich und wünscht ihr eine gute Gesundheit ebenso wie eine erfüllte Zeit ausserhalb der aktiven Politik.

[Applaus]

– Sarah Martin

Sie ist seit Januar 2006 im Landrat. Von Beginn weg war sie in der UEK engagiert, was sich auch in den 13 persönlichen Vorstössen niederschlägt. Fast alle zum Thema Energie oder Umweltschutz, aber auch zum öffentlichen Verkehr. Sarah Martin ist Degen durch ihre erfrischenden Voten aufgefallen, in die sich nicht selten ein befreiendes Lachen mischte. Das war sehr wohltuend. Sie ist wohl eine der wenigen Landrätinnen, bei der die Vorgängerin gleichzeitig die Nachfolgerin sein wird.

Mit ihr tritt eine wichtige ökologische Stimme aus dem Oberbaselbiet aus dem Landrat zurück. Er wünscht ihr auch ohne zweimal monatliches, fünfstündiges donnerstägliches Sitzen in einer engen Bankreihe privat und beruflich alles Gute.

[Applaus]

– Urs Leugger

Mit ihm verlässt den Rat bereits das vierte Mitglied, das erst vor zwei Jahren in das Parlament gewählt wurde. Der Grund ist wohl kaum Amtsmüdigkeit, sondern seine Wahl in eine nationale Verbandspitze. Urs Leugger ist als profilierter Sachpolitiker zu den Themen Raumplanung, Natur und Umwelt aufgefallen. Die Voten zeugten immer von hoher Sachkompetenz. Er war Mitglied der BPK. Während seiner Landratstätigkeit reichte er acht persönliche Vorstösse ein, alle im Bereich Raumplanung, Natur- und Landschaftsschutz.

In seiner neuen beruflichen Funktion wünscht Degen ihm viel Erfolg und bedankt sich herzlich für die Arbeit im Landrat.

[Applaus]

– Verabschiedung von Regierungsrat Adrian Ballmer

Jürg Degen (SP) sieht sich nun vor die nicht ganz einfache Aufgabe gestellt, Regierungsrat Adrian Ballmer zu verabschieden. Schwierig nicht deshalb, weil es zu ihm nichts zu sagen gäbe, sondern weil es so viel ist und jede Auswahl zwangsläufig subjektiv und die Gefahr sehr gross ist, dass dabei etwas vergessen wird.

Adrian Ballmer – das Urgestein der Baselbieter Politik – in drei Minuten zu würdigen ist schlicht unmöglich. Trotzdem nimmt er gerne die Aufgabe wahr, ihn als langjähriges Regierungsratsmitglied zu verabschieden. Er ist sicher von allen hier Anwesenden am längsten als gewählte Person im Saal anwesend. Von 1991 bis 1999 als Landrat, und nach einem kurzen Unterbruch von Juli 2000 bis heute als Regierungsrat. Zweimal übte er dabei das Amt des Regierungspräsidenten aus (2004/5 und 2008/9). Während den 23 Jahren Tätigkeit in diesem Saal nahm er massgeblich Einfluss auf die Baselbieter Politik.

Während seiner gesamten Regierungstätigkeit leitete Adrian Ballmer die Finanz- und Kirchendirektion. Dazu gehören unter anderem das Generalsekretariat mit der Stabsstelle Gemeinden und Informatik, die Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann, Finanz- und Steuerverwaltung, Personalamt, kantonales Sozialamt, Statistisches Amt, Sozialversicherungsanstalt, Basellandschaftliche Pensionskasse, Basellandschaftliche Kantonbank und Basellandschaftliche Gebäudeversicherung. Die Aufzählung alleine zeigt, wie wichtig Adrian Ballmer im Gesamtregierungsrat gewesen ist. Als Regierungsrat, eingebunden in eine Kollegialbehörde, musste er sich als Finanzdirektor zusätzlich intensiv mit zahlreichen Projekten der anderen Direktionen befassen. Als Kassenwart wachte er über Einnahmen und Ausgaben.

Ob er tatsächlich der starke Mann der Baselbieter Regierung war, wie ihm zahlreiche Leute unterstellen, kann der Sprecher nicht beurteilen. Er hatte immer ausgeglichene Finanzen im Blick. Bekannt ist sein mehrfach zitierter Spruch (von Buddha) angesichts der zahlreichen Wünsche an den Staat: Das Leiden kommt vom Wünschen her.

Solange der Wirtschaftsmotor gut lief, konnte der Kanton mit seinen Einnahmen auch die entsprechenden Ausgaben finanzieren. Doch in den letzten Jahren stockte die Wirtschaft, die Regierung und der Landrat mussten schmerzliche Massnahmen mit dem Entlastungspaket beschliessen. Dass dabei der Finanzminister nicht in allen politischen Lagern auf eitel Zustimmung zählen konnte, war selbstverständlich. Doch als früherer erfolgreicher Sportler stellte er sich diesem Kampf stets gerne und wusste, dass ohne voller Einsatz kein Sieg möglich ist. Und mit seiner Sportlererfahrung wusste er auch, wie nahe Sieg und Niederlagen nebeneinander liegen.

Ein weiteres Projekt (als Jahrhundertprojekt bezeichnet) musste unter Adrian Ballmers Federführung in Angriff genommen werden: Die Sanierung der Pensionskasse. Mit einem beispiellosen Aufwand der Verwaltung und von zwei Landratskommissionen konnte das Projekt vor kurzem verabschiedet werden. Das Baselbieter Volk wird bald die Gelegenheit haben, darüber abzustimmen. Regierungsrat Ballmer wird den Abstimmungskampf nicht mehr selber führen, doch dem Resultat mit Interesse entgegenblicken.

Mit Adrian Ballmer tritt ein Politiker von der Bühne ab, der die Auseinandersetzungen nie gescheut hat und des-

wegen häufig auch die verschiedensten politischen Interessen gegen sich wusste. Nebst dem Politiker gibt es aber auch noch den Menschen Adrian Ballmer. Insbesondere als Landratspräsident durfte der Sprecher ihn an zahlreichen Anlässen erleben. Im gemütlichen Kreis sind ihm dabei seine Heiterkeit und sein versteckter Humor aufgefallen. Immer wieder konnte er mit einer Anekdote seine Mitmenschen zum Schmunzeln bringen.

Für seinen langjährigen Einsatz für den Kanton Basel-Stadt wird ihm herzlich gedankt. Nach über einem Vierteljahrhundert in Parlament und Politik hat er seinen Ruhestand redlich verdient. Der Landrat wünscht ihm zusammen mit seiner Frau und seiner Familie alles Gute. Hoffentlich hat er weiterhin Gelegenheit zur Sammlung von Aphorismen oder Reisen nach Schottland zu seinen erlesenen Whiskeys. Adrian, machs guet!

Landratspräsident Degen überreicht dem scheidenden Regierungsrat als Geschenk etwas, um sich gemütlich hinzusetzen und ein Glas zu füllen, sowie etwas an seine Fotoausrüstung – als Ansporn zur Verbesserung.

[Langanhaltende Standing Ovation]

– *Verabschiedung von Landratspräsident Jürg Degen*

Regierungspräsidentin **Sabine Pegoraro** (FDP) verabschiedet Jürg Degen als Landratspräsident. Am 21. Juni 2012 durfte er sich in Itingen als oberster Baselbieter feiern lassen. Nun ist das Präsidentschaftsjahr bereits wieder um. Zusammen durfte sie mit Jürg Degen an diversen offiziellen Anlässen viele schöne Momente verbringen. Ein erster Höhepunkt war die 1. August-Feier im Generalkonsulat in Stuttgart mit der Ankündigung, das BLT-Säuli-Trämli dem dortigen Schweinemuseum zu schenken. Das war ein erfreulicher Einstieg. Jürg Degen ist ein vielseitig interessierter Mensch, der an den Anlässen auf andere zugeht, der sehr einfühlsam ist und sich mit dem Gegenüber, aber auch mit dem Anlass auseinandersetzt.

Zusammen galt es aber auch, eine belastende Zeit zu ertragen. Das war insbesondere die Erkrankung von Peter Zwick, die heftige Landratsdebatte in Zusammenhang mit der Veröffentlichung des GPK-Berichts zur Verselbstständigung der Spitäler, die Rücktrittsankündigung von Adrian Ballmer und schliesslich der überraschende Tod von Peter Zwick und die anschliessenden Wahlen. Das waren für alle lange und schwierige Wochen. Aber auch in diesen Momenten blieb Jürg Degen stets einfühlsam und fand die richtigen Worte. Es wurde Kritik laut, er sei als Präsident zeitenweise zu geduldig mit dem Landrat gewesen. In einem Interview hat er offen darüber nachgedacht, ob er den Landrat nicht hätte straffer führen sollen. Natürlich kann man sich immer solche Überlegungen machen. Aber erstens stellt sich die Frage, ob es überhaupt etwas gebracht hätte, und zweitens wäre er damit nicht sich selber geblieben. Pegoraro ist aufgefallen, dass Jürg Degen gerade mit seiner authentischen Art bei Auftritten gut angekommen ist; ein Landratspräsident zum Anfassen.

Wichtig war ihm eine gute Partnerschaft mit Basel-Stadt. Leider ist die von ihm angedachte gemeinsame Sitzung mit den beiden Parlamenten nicht zustande gekommen. Als Landratspräsident wird er Pegoraro in guter Erinnerung bleiben. Da sind einmal die Gedichte, mit denen er die Landratssitzungen jeweils eingeleitet hatte. Da

sind aber auch die vielen gemeinsamen Erlebnisse und Anlässe, so das Nachbarschaftstreffen in Freiburg i.B., der Besuch einer Fasnachtszunft, an der man gemeinsam das Baselbiet verteidigen durfte, und nicht zuletzt die Gedankenfeier für den ersten Alpenüberflug durch Oskar Bider vor 100 Jahren, an der Jürg Degen eine ausgezeichnete Ansprache gehalten hatte.

Die Regierung und der Landrat danken Jürg Degen herzlich für seinen grossen Einsatz für das Baselbiet. Ihm und seiner Frau Regula wird mit einem Gutschein ein Wellness-Aufenthalt ermöglicht.

[Applaus]

Landratspräsident **Jürg Degen** (SP) möchte allen neu Gewählten viel Erfolg und Freude wünschen. Der scheidende Landratspräsident blickt zurück, als vor einem Jahr der Landrat ihn mit einem Glanzresultat in das Amt gewählt hatte. Diesen Sonntag ist die Amtszeit vorüber. Es ist nun an den anderen zu beurteilen, ob die hohen Erwartungen erfüllt worden sind. In seiner Präsidentschaft durfte er an zahlreichen Einladungen und Veranstaltungen im Kanton dabei sein. Der Höhepunkt waren sicherlich die Feierlichkeiten zur Wahl von Maya Graf als Nationalratspräsidentin. Zusätzlich zu den offiziellen Anlässen hatte er sich aber noch zwei weitere Ziele gesetzt. Er wollte ein Dutzend Gemeindeversammlungen oder Einwohnerrats-sitzungen im ganzen Kanton besuchen – getreu seinem Vorsatz, die Politik solle zu den Menschen gehen. Schliesslich schaffte er es nur an deren neun. Beeindruckt hat ihn, wie hochwillkommen er überall gewesen ist. Die Gemeinden sind wichtige Körperschaften im Staatswesen. Deswegen ist es ausserordentlich wichtig, dass zwischen dem Kanton und ihnen ein gutes Einvernehmen herrscht. Er hat versucht, diesen Dialog etwas zu fördern.

Der zweite Vorsatz war es, das Laufental als den jüngsten Baselbieter Bezirk zu besuchen. Während dreier Tage hat er sich dort aufgehalten und zahlreiche Gespräche mit Behördenvertretern, Unternehmern, Schulleitungen und der Bevölkerung geführt. Dabei hat er eine neue Sicht auf die Befindlichkeit des Laufentals erhalten. Wie bei den Gemeinden täte die kantonale Politik gut daran, einen offenen Dialog mit den Bewohnerinnen und Bewohnern des Laufentals zu führen.

Vor einem Jahr habe man ihm vorausgesagt, er würde ein einfaches Jahr als Landratspräsident haben, weil im zweiten Jahr der Legislatur auch die frischen und neuen Landräte wissen, wie der Karren läuft. Und vor allem sind im zweiten Jahr keine Wahlen zu erwarten. Wie alle wissen, stand das Baselbiet in diesem Jahr dann aber praktisch im Dauerwahlkampf. Der Tod von Peter Zwick war sicherlich die schmerzlichste Zeit des vergangenen Jahres. Er hofft, dass die zukünftigen Präsidentinnen und Präsidenten von einem solchen Ereignis verschont bleiben. Trotzdem war das Jahr auch sehr spannend, es hat ihm zahlreiche gute Begegnungen, sogar Freundschaften, gebracht. Er dankt dem Landrat, das ihm das alles durch ermöglicht wurde. Er dankt auch allen Kritikern, die ihn immer wieder auf kleinere oder grössere Mängel aufmerksam machten. So konnte er aus Fehlern lernen. Er dankt weiter den Mitarbeitenden der Landeskantonalverwaltung für die grossartige Unterstützung, dem Landeschreiber Alex Achermann für die gute Vorbereitung der Sitzungen und die hilfreiche Zusammenarbeit. Den Medien für ihre Be-

richterstattung aus dem Landrat, seiner Fraktion für das Vertrauen, den Regierungsräten und vor allem der Regierungspräsidentin Sabine Pegoraro für die gute Zusammenarbeit und die freundliche Begleitung bei zahlreichen Anlässen. Ebenso den Mitgliedern des Büros und der Ratskonferenz. Seiner Vizepräsidentin Marianne Hollinger wünscht er das Beste für ihr Amtsjahr.

Ganz zum Schluss – das gehört halt zu ihm – möchte er als Wunsch an die Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons, aber auch an den Rat, einen Text seines Baselibieter Lieblingsautors, Traugott Meyer, lesen. Er stammt aus dem Buch «s Bottebrächts Miggel», geschrieben 1944 für den Dank-, Buss- und Bettag.

Offnigi Auge, offnigs Härz, en offnigi Hand!

Mit den offnigen Augen eleigge haue mers nid dure. 's ghört au es offnigs Härz derzue...

's offnig Härz ... as men enander verstoht, d Wänd und Muuren ewäggruumt, wo öbbe no stönde und Stadtlüt und Landlüt, oder Die, wo d'Arbet gäbe, und Deini, wo d'Arbeit nähme, oder die verschidene Ständ oder d'Klasse, oder d'Johrgäng schier wie im Wychäller vonenander wei trenne.

's Härz offe bhalte ... ass me nid cholt und styf vordurelauft, wemmen öppis Urächts gseht, es Übel, Umuess gwahret.

's Härz sperangelwyt off lo ... wenn dr eint oder ander syni eifache, möntschliche Rächt vorbringt, oder wenn öpper d'Wohret seit, d'Wohret, wo nid strychelet oder ählet, wie der Flattieri, wo chunnt cho büüsselen und bäsele bis an es grads Nünevierzgi. Und d'Fehler zuegee, wo me gmacht het! Und an dene Fehler lehre! Wyt über e hüttig Buesstag uus, grad drno, wenn d'Wält dr Schritt wogt, usem Chrieg in Friden ynezgoh. Grad derno isch's nötig. Süscht wärde d'Wäg vo Afang a verspeert, rütsche mer uf lätzi Glöis...

Und wär d'Auge offe het, 's Härz offe het, will au en offnigi Hand ha. Si isch jo 's pur Gegeteil vo der Fuuscht. Sie schlot nid zsäme, si bout uuf. Si jagt nid Angscht und Not under d'Möntsche, si bringt Troscht und Vertraue. Sie haut nid Wunde, si heilt. Si hebt nid e Fluech wie mit Chralle, si lot e Säge furtgoh.

In diesem Sinne erklärt **Jürg Degen** (SP) die Sitzung für geschlossen.

[Applaus]

Für das Protokoll:
Markus Kocher, Landeskanzlei

*

Sitzungsschluss: 12.20 Uhr

Die nächste Landratssitzung findet statt am

5. September 2013

Für die Richtigkeit des Protokolls

Im Namen des Landrats

die Präsidentin:

der Landschreiber: